

P R O T O K O L L

über die 8. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am

Donnerstag, 22. Mai 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsi

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Walter Hahn

Karl Hochrather

Mag. Gerhard Klausberger

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl

Ernst Platzer

Erna Probst

Franz Ramoser

Franz Rohrauer

August Schlager

Gertrude Schreiberhuber

Ernst Seidl

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremi

Alfred Wallner

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

Dr. Kurt Schmidl

OMR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Oberamtsrat Walter Kerbl

VB Mag. Hermann Weingartner

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard

Alphasamer

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderates Josef Brandstötter

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei)

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Ha-712/86	Hundeabrichteverein; Umzäunung des Abrichteplatzes in Unterhimmel; Gewährung einer Subvention.
GHJ2-7988/85	Erneuerung der Springbrunnenanlage Schloßparkteich.
GHJ2-1809/86	Theaterkeller-Restaurant; Neutapezierung.
Pers-326/86	VB Schachermayer Franz; Verkehrsunfall; Geldaushilfe.
Präs-1116/85	Benützung privater Kraftfahrzeuge für Dienstzwecke; Entschädigung.
ÖAG-2818/86	Ersatzteilbeschaffung für die Kehrmaschine O-35.660.
Städt. Wi-Hof	
ÖAG-5748/85	Verpachtung Tabor-Restaurant; Ersatzansprüche des Pächters.
GHJ2-6149/73	Haus der Begegnung in Gleink; Übernahme der Betriebskosten 1985 durch die Stadtgemeinde Steyr.
GHJ1-2597/86	Ankauf einer Fahrerschutzkabine, eines Einachsanhängers und eines Rasenmähers für die Sportanlage Rennbahn.
FW-2561/86	Anschaffung einer Schutzgasschweißanlage VARIA-STAR 210 für die Feuerwehr-Werkstätte.
Bau5-7247/80	Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen Steyr; bautechnische Kollaudierung; Restzahlungen.
Ha-2829/86	Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-2443/86	Österr. Kinderfreunde Steyr; Gewährung eines Reparaturkostenzuschusses.
ÖAG-2828/86	Ankauf von Kaltasphalt-Emulsionen für das Jahr 1986.
Städt. Wi-Hof	
Bau2-2456/86	Ankauf eines Theodoliten mit elektronischem Distanzmesser.
GHJ2-106/86	KHD-Depot Industriestraße 1; Erneuerung der Meßanlage.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-555/86 Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Sport-4820/81 Errichtung der Sportanlage Rennbahn; Schlußrechnung.
- 3) GHJ1-6701/85 Erweiterung der EDV-Kapazitäten.
- 4) Präs-248/86 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Hofrat Mag. phil. Josef Pichler.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 5) Präs-213/86 Novellierung der Vertragsbedienstetenordnung (VBO) - Abänderung des § 6.
- 6) Präs-774/84 Getränkesteuerordnung der Stadt Steyr; Neufassung.
- 7) Ha-747/86 Peter Bittner, Steyr, Schaumbergerstraße 2; Ankauf von Papiercontainern; Förderung.
- 8) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 03 - Errichtung der Zentralen Kläranlage; Abänderung der Zusage durch den Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme durch die Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 9) K-21/86 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1986 - Fassadenerneuerung und Denkmalerhaltung; Abschnitte I, II und III 1986.
- 10) K-21/86 Alte Dachlandschaften von Steyr; Sanierung mit Tonziegelmaterial.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 11) Bau3-7980/85 Asphaltierungsprogramm 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 12) Bau2-5747/85 Wilhelm Rogl; Ansuchen um Umwidmung von Grundstücksteilen an der Steyrecker Straße von Grünland in Wohngebiet.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 13) ÖAG-2086/84 Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für das Jahr 1985.
- 14) ÖAG-625/78 Trinkwasseraufschließung Unterhimmel; Auftragserhöhungen - Schlußabrechnung; Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. 9. 1984.
Stadtwerke
- 15) ÖAG-1742/86 Gas- und Wasserwerk; Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken (Jahresbedarf 1986).
Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 16) ÖAG-2203/85 Betriebsansiedlung der Firmengruppe Dräxlmaier; Grundverkauf und Förderungsübereinkommen.
- 17) ÖAG-2382/86 Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der Ennser Straße an die Firma Zgonc.
- 18) GHJ2-7434/85 Hauptschule Promenade; Erneuerung von Garderobeeinrichtungen und Waschräumeinrichtungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, in diesem Raum befinden sich einige Damen und Herren mit ihren Kindern, die eine Resolution überreichen möchten. Die Behandlung ist natürlich in dieser Sitzung nicht möglich. Ich darf jetzt bitten, daß diese Resolution vorgebracht wird, damit dieser Punkt erledigt ist.

Resolution:

Ich danke, daß wir die Möglichkeit bekommen, ganz kurz Ihnen die Resolution zu übergeben. Ich möchte vorweg sagen, wir gehören keiner Partei an, wir sind eine Gruppe von Leuten, die sehr betroffen war vom Reaktorunfall in Tschernobyl und wir haben einfach die Angst, welche Lebensbedingungen unsere Kinder vorfinden werden, welche Lebensbedingungen wir ihnen hinterlassen werden. Wir möchten, daß möglichst viel dafür getan wird, daß sie nicht in einer völlig radioaktiv verseuchten Umwelt aufwachsen. Es haben einige oberösterreichische Gemeinden Resolutionen erlassen, womit der Bau von Wackersdorf verurteilt wird, das wirklich eine Bedrohung für uns darstellt. Ich würde Sie ersuchen, daß auch hier eine solche Resolution verfaßt wird, damit der Druck auf die Landesregierung in Oberösterreich größer wird, daß sie auch mit Ministerpräsident Strauß verhandelt, ähnlich wie in Salzburg der Herr Landeshauptmann, der auch strikte dagegen ist. Die OÖ. Landesregierung muß ein Gesprächspartner sein für den bayrischen Ministerpräsidenten, weil es ja angrenzend ist.

Wir haben am Freitag bei dieser Veranstaltung Unterschriften gesammelt. Das sind alles Leute, die möchten, daß wirklich in unserem Bereich alles nur erdenklich mögliche getan wird. Das richtet sich nicht nur gegen Wackersdorf, das trifft auch die grenznahen Kernkraftwerke in der CSSR. Aber die wichtigste Bedrohung im Moment ist Wackersdorf und wir müssen versuchen, das zu verhindern. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich werde es bei meinen anschließenden Berichten mitteilen, ich habe in meiner Funktion als Bürgermeister einen Brief, dessen Text ich heute bekanntgeben werde, sowohl an Herrn Landeshauptmann Ratzenböck als auch an den Herrn Bundeskanzler Dr. Sinowatz geschrieben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates aus begründeter Ursache mit einer kurzfristigen Verspätung. Ich möchte mich aber bei den Herrschaften für das Verständnis, das hier gezeigt wurde, bedanken. Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen, ein Einwand dagegen wurde nicht vorgebracht. Ich darf mitteilen, daß für die heutige Sitzung entschuldigt sind Stadtrat Sablik und Gemeinderat Enöckl. Als Protokollprüfer darf ich ersuchen die Gemeinderäte Straßer und Tatzreiter. Ich sehe aus dem Kopfnicken, daß sie damit einverstanden sind.

Wir kommen nun zur Angelobung des neuen Gemeinderates Josef Brandstötter. Herr Gemeinderat Dr. Kurt Keiler hat sein Mandat aus beruflichen und persönlichen Gründen mit Wirkung vom 21. 5. 1986 zurückgelegt. Es ist daher notwendig, eine Ergänzung des Gemeinderates vorzunehmen. Seitens der sozialistischen Partei wurde nach Maßgabe des Gemeindewahlvorschlages Josef Brandstötter anstelle von Dr. Kurt Keiler als neuer Gemeinderat nominiert. Bevor ich zur Angelobung des neuen Gemeinderates schreite, möchte ich nicht verabsäumen, Herrn Dr. Kurt Keiler für seine verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken.

Wir kommen damit zur Angelobung des neuen Gemeinderates. Gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder (Ersatzmitglieder) das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatssitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten.

Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat mit den Worten abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteilich und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Herr Gemeinderat Brandstötter ich darf Sie bitten, sich von Ihrem Platz zu erheben und mit den Worten "ich gelobe" das Gelöbnis abzulegen.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

"Ich gelobe".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Ihnen. Damit sind Sie ordentliches Mitglied des Gemeinderates und ich darf Sie um Ihre Mitarbeit ersuchen.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Damit kommen wir zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen nicht vor.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich einiges vorbringen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserer Stadt darf ich sagen, nach dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr, der sich auf den Monat April erstreckt, ergibt sich, daß die Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt leider schlechter als im Vergleichszeitraum des Vorjahres ist. Den 2.070 Vorgemerkten stehen nur 315 offene Stellen gegenüber.

Die Lage der Metallwirtschaft ist momentan sehr unterschiedlich, die Fahrzeugindustrie kämpft mit Auslastungsschwierigkeiten. Da nicht alle gekündigten Dienstnehmer von anderen Betrieben übernommen werden können, muß die gesamte Situation als angespannt bezeichnet werden. In der Bauwirtschaft ist der Bausaison entsprechend die Beschäftigungssituation wesentlich günstiger und haben die vorgemerkten Zahlen etwa das Niveau des Vorjahres erreicht.

Hier darf ich aber doch, weil ich auch in der letzten Sitzung des Gemeinderates darauf eingegangen bin, zum Problem Sonderförderungsabkommen einige Gedankengänge vorbringen. Leider kann ich im Gegenstand keine wesentlichen Fortschritte berichten. Aufgrund meiner Mitteilung in der letzten Gemeinderatsitzung vom 3. April 1986 über das säumige Verhalten des Landes habe ich am 7. 4. 1986 ein energisches Urganzschreiben an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Darin habe ich auf die vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Resolution Bezug genommen und meinem Befremden Ausdruck gegeben, daß aus unerfindlichen Gründen namens des Landes Oberösterreich weder vom zuständigen Landesrat Dr. Leibenfrost noch vom Herrn Landeshauptmann selbst irgend eine Reaktion erfolgte. Ich kann nunmehr berichten, daß aufgrund dieses Urganzschreibens am 23. April 1986 von Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck lediglich eine lapidar gefaßte Note eingelangt ist, mit der der Wunsch um Verlängerung des Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr bestätigt wird. Der Landeshauptmann teilt weiters mit, daß die Angelegenheit neuerlich geprüft werden soll und er auch schon ein Gespräch mit Landesrat Dr. Leibenfrost geführt hat. Nach Rückkehr des Landesrates von einem

Auslandsaufenthalt wird Anfang Mai dieser Wunsch wieder Gegenstand weiterer Gespräche sein. Irgend eine weitere Reaktion in der Sache selbst ist bisher leider nicht erfolgt. Sollte in der nächsten Zeit keine Sachentscheidung erfolgen, würde ich mich neuerlich gezwungen sehen, an das Land heranzutreten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die wirtschaftliche Situation gerade in unserer Stadt und in unserer Region sicherlich dazu angetan ist, die Verlängerung dieses Sonderförderungsabkommens für das Jahr 1986 auch seitens des Landes zu befürworten. Ich darf alle Fraktionen im Gemeinderat einladen, ihren Einfluß geltend zu machen, daß diese Sonderförderungsaktion wiederum in Kraft tritt.

Meine Damen und Herren, ich habe vor der Sitzung schon darauf hingewiesen, daß im Zusammenhang mit der Problematik, die der Kernkraftunfall in Tschernobyl mit sich gebracht hat, sicherlich ein weites Umdenken erfolgt ist. Dieser bedauerliche Unfall hat zu einer besonderen Bewußtseinsbildung geführt. Aus diesem Grund sind auch die Entwicklungen um den Bau der geplanten Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf in Bayern mit Besorgnis zu verfolgen. Ich habe mich daher genötigt gesehen und glaube, damit im Einverständnis aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen gehandelt zu haben, das Problem aufzugreifen und habe schriftliche Noten an den Herrn Bundeskanzler sowie an den Herrn Landeshauptmann von Oberösterreich gerichtet mit der dringenden Bitte, alles zu unternehmen, die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern.

Ich darf das Schreiben an den Herrn Bundeskanzler nunmehr im Wortlaut zur Kenntnis bringen und darauf hinweisen, daß ein wortgleiches Schreiben an den Herrn Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Ratzenböck ergangen ist.

"Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Katastrophe von Tschernobyl hat ein allgemeines Umdenken in der Frage der Nutzung der Kernenergie bewirkt. Daß bei allen Entscheidungen die gesundheitliche Unversehrtheit im Vordergrund stehen muß, ist die Entwicklung und der Bau der umstrittenen Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in Bayern mit großer Besorgnis zu verfolgen. Da Oberösterreich das dem Standort nächstgelegene Bundesland Österreichs ist, hat sich mit diesem Problem schon die OÖ. Landesregierung befaßt und darauf hingewiesen, daß es sich im vorliegenden Fall um durch Staatsgrenzen nicht begrenzbare Probleme handelt, sondern vielmehr Auswirkungen nicht auszuschließen sind, die weit über Länder und Staatsgrenzen hinausgehen. Ich möchte mich namens der Stadtverwaltung dieser Auffassung vollinhaltlich anschließen und bitte Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, alle ihre persönlichen Möglichkeiten und jene der gesamten Bundesregierung einzusetzen, um die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern. Überhaupt sollten alle mit der Nutzung der Kernenergie zusammenhängenden Fragen internationalisiert werden, so daß die Errichtung eines Atomkraftwerkes als völkerrechtlicher Tatbestand aufzufassen wäre. Nur wenn sich alle Staaten als Völkerrechtsfamilie verstehen und gemeinsamen Verfahrensbestimmungen unterwerfen, erscheint letztlich das Ziel, das die einzelnen Staaten vorgeben, nämlich das Wohlergehen ihrer Bevölkerung, realisierbar. Ich hoffe auf Ihr Verständnis, wenn ich aus gegebenem aktuellen Anlaß in meiner Verantwortlichkeit als Bürgermeister diese Mitteilung vorgetragen habe und verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung."

Ich darf Sie bitten, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren, unter Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen noch eine erfreuliche Mitteilung bringen. Es hat heute der Stadtsenat beschlossen, ab 1. 6. 1986 den Gaspreis in unserer Stadt neuerlich um 4 Prozent zu senken. Wie Sie wissen, hat der Gemeinderat bereits eine 5 %ige Senkung des Gaspreises beschlossen, und zwar ab 1. Jänner 1986. Diese neuerliche Reduzierung ist durch die Gewährung von Rabatten seitens der OÖ. Ferngas ermöglicht worden, ist aber auch darauf zurückzuführen, daß sich abzeichnet, daß die Rabattgewährungen bis Jahresende dauern werden. Es ist die entsprechende Beschlußfassung auch in dieser Richtung

zu verstehen, daß ab 1. 1. 1986 bis Jahresende diese Gaspreise Gültigkeit haben. Die entsprechende Beschlußfassung im Gemeinderat wird in der nächsten Sitzung durchgeführt.

Damit ist dieser Punkt abgeschlossen, wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen dazu wurden zu den jeweiligen StS-Sitzungen allen Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt und eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seine Berichte.

• BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zunächst darf ich mitteilen, daß sich aufgrund des Ausscheidens von Kollegen Dr. Kurt Keiler Änderungen in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ergeben. Gemeinderat Dr. Keiler war während seiner Tätigkeit Mitglied des gemeinderätlichen Bauausschusses, des Finanz- und Rechtsausschusses, des Prüfungsausschusses. Diese Funktionen sind nunmehr neu zu besetzen. Seitens der sozialistischen Fraktion liegt hierfür ein entsprechender Vorschlag vor, der die Nachfolge des heute neu angelobten Gemeinderates Josef Brandstötter in alle 3 genannten Ausschüsse vorsieht. Der entsprechende Antrag lautet:

1) PräS-555/86

Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. Mai 1986 wird anstelle des Herrn Gemeinderates Dr. Kurt Keiler, der mit Wirkung vom 21. 5. 1986 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet, künftighin mit sofortiger Wirkung Herr Gemeinderat Josef Brandstötter in den gemeinderätlichen Bauausschuß, den Finanz- und Rechtsausschuß sowie den Prüfungsausschuß entsandt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Ich sehe keine Wortmeldung dazu. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten um die Zustimmung zur Anerkennung der Schlußrechnung der ARGE Sportanlage Rennbahn. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Sport-4820/81

Errichtung der Sportanlage Rennbahn;
Schlußrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 3. 1986 wird der Übertragung des Auftrages zur Abmagerung der Rasentragschichte der Naturrasenfelder auf einen Prozentanteil von 62,5 % an die ARGE "Sportanlage Rennbahnweg" zum Preis von S 90.354,21 nachträglich zugestimmt.

Für die Restfinanzierung der zu begleichenden Schlußrechnung in Höhe von S 1.827.295,- wird ein Betrag von

S 1,827.295,- wird ein Betrag von

S 37.000,-- (siebenunddreißigtausend)

bei VSt 5/262100/006000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,793.000,-- (eine Million siebenhundertdreiundneunzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die SPÖ Steyr hat für den Sport schon sehr viel getan. Wir beschließen heute wieder ein Projekt, eine Sportanlage, die noch nicht fertig ist, die erst in einigen Jahren komplett ausgebaut sein wird. Die Frage für uns lautet, S 6,974.000,- wurden bis jetzt vergeben, ein Teil davon heute. Ist es sinnvoll, so viel Geld auszugeben für eine Sportanlage, die hauptsächlich von Vereinen benützt werden darf? Ist das nicht ein unmittelbarer Zwang, die Sportler in Vereine zu integrieren? Wir möchten gerne, daß diese Sportanlagen geöffnet werden, daß sie allgemein zugänglich gemacht werden. Man kann hier neue Möglichkeiten ausschöpfen, man kann vielleicht Entgelte verlangen von Leuten, die sich nicht Vereinen zugehörig fühlen und trotzdem den Sportplatz oder die Anlage benützen wollen. In Vereinen geht es hauptsächlich um das Leistungsprinzip und es müßte möglich sein, daß jeder Staatsbürger in Steyr die Möglichkeit hat, diese Großanlage zu benützen. Ich glaube, die Zukunft steht dem Breitensport zur Verfügung. Die Zukunft wird vielleicht auch andere Sportarten hervorbringen, die nicht mehr auf Leistung getrimmt sind. Wir stellen uns hier eine Kosten-Nutzenrechnung vor, eine Kosten-Nutzenrechnung, wieviel Geld gibt die Stadtgemeinde für Sport und Sportanlagen aus, welchen Nutzen hat sie davon. Wäre es nicht besser, den Sport wieder hin zum Breiten-, zum Massensport zu führen? Wir glauben, daß es gut wäre, hier einen Umdenkungsprozeß herbeizuführen. Wir stimmen diesem Antrag noch zu, möchten aber, daß man sich darüber in den Ausschüssen neuerlich unterhält, ob es sinnvoll ist, so viel Geld in Sportanlagen hineinzubauen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bevor ich auf das Thema von Kollegen Ramoser eingehe, stelle ich den Antrag an Dich, Kollege Bürgermeister, nicht nur aus Höflichkeit, sondern auch unserem Statut Rechnung zu tragen, wenn Zuhörer zur Gemeinderatsitzung kommen, daß man nach Maßgabe des Platzes auch die Möglichkeit bietet, daß sie teilnehmen. Ich ersuche daher, daß man vorsorgt, daß man Sitzplätze für die Anwesenden nachträglich hereinbringt und in Zukunft doch, soweit Platz vorhanden ist, dementsprechend Sitzgelegenheiten aufstellt.

Nun zum Punkt, den Kollege Ramoser wiederum zum Anlaß nimmt, um besonders die Sportfreundlichkeit der sozialistischen Fraktion herauszustreichen hier in

der Stadt Steyr. Ich möchte das ausdehnen, daß es nicht nur die sozialistische Fraktion ist, die in unserer Stadt eine Sportfreundlichkeit an den Tag legt, sondern ich glaube, daß sämtliche vier anderen Fraktionen hier alles tun, soweit eben die finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausreichen, um unseren Sportlern in der Stadt die Möglichkeit zu bieten, auch Sport betreiben zu können. Es war ein lang ersehnter Wunsch der Sportler, das wurde auch von den Minderheitsfraktionen lange Jahre vertreten, daß man die verwaiste Sportanlage an der Rennbahn saniert bzw. neu gestaltet. Diesbezüglich gibt es ja einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse, die auch Kollege Ramoser kennen mußte. Allerdings stimmt auch nicht überein, was er sagt, wir geben heute eine Restzahlung von 6,9 Millionen Schilling aus. Ich würde ihn zumindestens heute ersuchen, in Zukunft, wenn er das Rednerpult betritt, doch ein wenig die Akten, die ihm zur Verfügung gestellt werden, durchzulesen, denn das hat er offenbar nicht gemacht. Es handelt sich nämlich hier nur um einen Bruchteil dessen, was wir heute beschließen, und zwar ist es eine Restzahlung über durchgeführte Baumaßnahmen am Sportplatz Rennbahn. Außerdem müßte er aufgrund von Ausschußbesprechungen, wo er teilweise teilnimmt, manchmal auch nicht, wissen, daß auch diese Sportstätte nicht irgend einem Spitzensport zur Verfügung gestellt wird, sondern sogar bei der Finanzierung die Bindung daran geknüpft ist, daß vor allem die Schüler diese Sportanlage benützen können. Ich glaube, daß man auf jeden Fall diesem Sportstättenbau wohlwollend gegenüberstehen soll. Ich werde selbstverständlich auch für diese Restzahlung stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Redner ist Gemeinderat Seidl.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, Werte Herren Bürgermeister! Ich glaube nun auch, daß zum Thema Förderung der Sportplätze oder überhaupt Förderung der Sportanlagen es vielleicht sogar eher angebracht wäre, – hier möchte ich die Adresse an Kollegen Ramoser richten – wenn er vielleicht sogar der Gemeindevertretung vorwerfen würde, sehr sparsam damit umzugehen und sehr lange hinzuhalten. Überlegen wir einmal, daß die Mitglieder des SK Amateure, Leichtathletiksektion, die mußten nach Traun fahren, damit sie trainieren können, weil die Anlage hier nicht mehr in Ordnung war. Wenn gesagt wird, nur für Vereine steht diese Anlage zur Verfügung, so brauche ich mich nicht zu wiederholen, Kollege Tremel hat schon gesagt, daß das von Unwissenheit getragen ist eine derartige Aussage. Wir alle wissen, die wir das aufmerksam verfolgt haben, daß den Schülern sehr breiter Raum dort geboten wird, den Sport auszuüben. Wenn wir sagen, nur den Vereinen steht er zur Verfügung, ja wer sind denn letztlich die Mitglieder, die in den Vereinen spielen? Das sind sicher nicht irgendwo Hergeholte, sondern das sind wieder nur Leute aus unserer Stadt Steyr, denen dort die Möglichkeit geboten wird, ihren Sport auszuüben. Wenn der alte Slogan wieder gesagt wird, die Sportstätten müssen frei sein, müssen offen sein für jeden, dann meine ich wiederum, eine derartige Äußerung kann wiederum nur kommen von jemandem, der in einem Verein nicht drinnen steckt. Ich bin nicht nur führend tätig in einem Steyrer Sportverein, sondern auch Mitglied des Stadtsportausschusses und da glaube ich schon sagen zu können, daß diesen Ausführungen nicht beigezogen werden kann. Die Kosten-Nutzenrechnung, wenn man diese anstellen will, ich glaube, da ist man sicher nicht mehr fehl am Platz, denn das ist einfach nicht zu bewerten. Ich kann nicht sagen, die Gemeinde gibt jetzt dorthin und muß sich etwas Spezielles erwarten.

Ich wollte vorhin noch sagen zu den offenen Plätzen. Jeder weiß doch von den Vereinsfunktionären, daß sofort, wenn ein Platz nicht einer ständigen Kontrolle

unterliegt, der Platz innerhalb kürzester Zeit unbrauchbar und unbespielbar ist. Alleine die Sommerferien genügen und der Herr Bürgermeister kann davon ein Lied singen, wie die Schulsportplätze aussehen, wenn man sie kurzzeitig öffentlich zur Verfügung stellt, weil eben das Spielen ohne Kontrolle den Anlagen sehr schadet.

Damit wollte ich den Standpunkt meiner Fraktion dazu sagen. Wir freuen uns darüber, daß wir einen kleinen Teil dazu beitragen können, um den Sportgedanken in Steyr etwas hochzuhalten.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich kann mich jetzt sehr kurz fassen, denn das wesentliche wurde bereits gesagt. Ich möchte aber doch mit einigen Worten auf das eingehen, was Kollege Ramoser gefordert hat. Das Anliegen, das er hier vorgebracht hat, die Sportstätten zu öffnen, sozusagen jedem Einzelnen zur Verfügung zu stellen, das ist nicht neu, auch wir haben des öfteren daran gedacht und das auch entsprechend vorgebracht. Aber bitte man muß eines berücksichtigen, daß gerade eine Anlage, die so viel Geld kostet, einen geordneten Betrieb erfordert und es einfach nicht möglich ist, daß hier jeder ein und aus geht. Vereine gewährleisten dies, gewährleisten einen geordneten Ablauf des Betriebes und gewährleisten vor allem eines, daß ihre Mitglieder – es gibt ja auch noch andere Ausgaben, nicht nur die für die Errichtung von Sportstätten – ihren Sport ordentlich ausüben können. Ich bekenne mich zu diesen Ausgaben, ich bekenne mich zur Errichtung dieser Sportanlage, denn ich glaube es ist unumgänglich notwendig und wichtig gerade in der heutigen Zeit, für die Jugendlichen etwas zu bieten, damit diese zu einem Großteil von der Straße wegkommen. Das scheint mir sehr vorteilig zu sein. Danke.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke für den Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher unseren Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zunächst möchte ich auf den Beitrag des Kollegen Tremel bezüglich der Besucher eingehen und darf sagen, daß wir uns über jeden Besucher freuen, nur gibt es leider Erfahrungswerte in unserer Gemeindestube, die Du genau kennst. Aber inzwischen ist, glaube ich, das Problem zunächst für heute gelöst. Ich darf sagen, daß jede Sitzung des Gemeinderates, es sei denn, sie ist ausdrücklich als nicht öffentlich deklariert, öffentlich ist. Das ist nicht neu, sondern es ist jede Sitzung öffentlich und die Öffentlichkeit besteht darin, um § 15 unseres Stadtstatutes zu zitieren, daß jedermann nach Maßgabe des vorhandenen Platzes berechtigt ist zuzuhören und sich Aufzeichnungen zu machen. Es ist selbstverständlich, daß man nach Möglichkeit des Raumes auch entsprechende Sitzgelegenheiten zur Verfügung stellt. Das ist inzwischen passiert. Zur Diskussion, die hier aufgetreten ist, darf ich auch eine Richtigstellung vorbringen. Es wird nicht das Projekt heute beschlossen, wie Sie, Herr Ramoser, gesagt haben, sondern es ist lediglich ein Folgebeschluß. Wir haben einvernehmlich im Gemeinderat die Beschlußfassung durchgeführt, schon seit längerer Zeit, daß auf der Rennbahn eine Bezirkssportanlage errichtet wird. Es waren viele Verhandlungen dazu notwendig, wir erhalten seitens des Landes und des Bundes für diese Errichtung nicht unbeträchtliche Zuschüsse. Dafür darf ich herzlich danken, dafür ist aber diese Anlage nicht aus-

schließlich für Vereine zur Verfügung, sondern sie ist nahezu zu 80 Prozent eine Schulsportanlage. Es sind die höheren Schulen aus unserer Stadt, die diese Anlage benützen. Ich habe Gelegenheit gehabt, am vergangenen Freitag bei der Jahresversammlung des Sportclubs Amateure, der die einzige Leichtathletiksektion in unserer Stadt betreibt, anwesend zu sein. Ich habe zu meiner Freude und Überraschung feststellen können, daß dort im Bericht dargestellt wurde, daß die Leichtathletiksektion des Sportclubs Amateure einen nicht unerheblichen Aufschwung seitens der Mitglieder hat. Der Zugang hat 160 Mitglieder betragen in verhältnismäßig kurzer Zeit. Man sieht also, daß diese Anlage Früchte bringt. In erster Linie sind es ja die Vereine, die unsere Sportstätten betreuen bzw. betreiben. Wir fördern sie ja auch nicht unwesentlich. Wir sind natürlich bereit, auch andere, nicht in Vereinen organisierte vor allem Jugendliche auf den Sportplätzen zu erfassen. Es werden eine Reihe von Sportplätzen in unserer Stadt während der Ferienmonate auch im heurigen Jahr geöffnet und stehen wieder zur Verfügung.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag geht es um die Erweiterung der EDV-Kapazitäten beim Magistrat Steyr. Ich darf hier einiges aus dem vorliegenden Amtsbericht zitieren.

Derzeit werden Aufgaben des Stadtrechnungsamtes, der GWG der Stadt Steyr und der Stadtwerke mittels EDV auf einer im Jahre 1982 installierten Computeranlage der Fa. Philips abgewickelt. Daneben werden das Einwohnerwesen und Basisdaten für die Bauabteilung außer Haus im Rechenzentrum der Stadt Linz abgewickelt. Durch diese Situation und durch eine ins Auge zu fassende Übernahme weiterer Aufgabengebiete ergab sich die Notwendigkeit, nach einer Alternative für die Erweiterung der Kapazitäten zu suchen, die die Abwicklung aller EDV-Aufgaben auf einem Computer im Haus ermöglicht. Da die derzeitige Philipsanlage ihre Leistungsgrenze erreicht hat, war zusätzlich die Notwendigkeit gegeben, eine Zusatzinvestition zu tätigen. Aufgrund dieser Situation wurde eine beschränkte Ausschreibung im Oktober 1985 durchgeführt, zu der folgende Firmen eingeladen wurden: Fa. Philips Data Systems GesmbH, Fa. Siemens Data, Fa. IBM Österreich. Die Auswahl erfolgte aufgrund der Erfahrung der einzelnen Firmen im Haus und bei mit der Stadt Steyr vergleichbaren Stadtverwaltungen. Die eingeladenen Firmen legten Angebote, wobei diese durch Präsentationen und weitergehende Gespräche erläutert und einer Detaillierung unterzogen wurden. Die vergleichbaren Anbotsummen ergaben aufgrund der Ausschreibung und Detailverhandlungen folgendes Ergebnis: Fa. Philips, einmalig S 3.028.800,-, monatlich S 18.807,-; Fa. Siemens, einmalig S 2.957.630,-, monatlich S 27.195,-; Fa. IBM, einmalig S 3.776.976,-, monatlich S 41.410,-. Die Firma Siemens ist aufgrund dieser Angebote und aufgrund der Überlegungen im Haus als Bestbieter eruiert worden. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

3) GHJ1-6701/85

Erweiterung der EDV-Kapazitäten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. April 1986 wird der Auftrag zur Lieferung einer neuen EDV-Anlage mit der dazu notwendigen Be-

triebssystemsoftware an die Firma Siemens-Data GesmbH, Linz, zum Preis von S 2,957.630,- exkl. MWSt. sowie von monatlichen Wartungskosten von S 27.195,- exkl. MWSt. übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes vorbehalten. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Holub bitte!

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube, daß ich namens der ÖVP-Fraktion eine Aufklärung schuldig bin, nachdem wir uns im Stadtsenat am 7. Mai und im Finanz- und Rechtsausschuß am 13. Mai zu diesem Verhandlungsgegenstand der Stimme enthalten haben. Diese Enthaltung kam daher, da die Basisdaten zur Entscheidung doch eher sparsam aufgelegt waren, in der Zwischenzeit aber auf eine sehr kooperative Art und Weise, für die ich Herrn Mag. Weingartner von da aus herzlich danken möchte, die entsprechende Aufklärung zur Entscheidungsfindung gegeben wurde. Ich möchte aber doch ein paar Randbemerkungen anmerken, die vielleicht auch zur allgemeinen Information nicht undienlich sein können, weil ja der Eindruck entstehen könnte, daß die bisherigen Investitionen in die Philips-Anlage und die Datenverarbeitungsanwendung beim Magistrat überhaupt von bedeutend mehr als 2 Millionen Schilling effektiv verloren sein könnten und man den Eindruck haben könnte, daß man sehr achtlos Mittelvergaben zustimmt. Dazu der Beweggrund, warum meine Fraktion dem Antrag zustimmen wird, kurz folgendermaßen formuliert. In einer zukunftsorientierten Verwaltung, die möglichst umfassend Überblick haben muß über die Entwicklungen und über die Gegebenheiten, mit denen sie umzugehen hat, ist es erforderlich, Daten genau, rasch und aktuell zur Verfügung zu haben. Nach den Informationen, die wir bekommen haben, war das nicht mehr, zumindest zukunftsorientiert, nicht mehr auf der vorhandenen EDV-Anlage gewährleistet, insbesondere auch eine sehr aufwendige Bearbeitung von Einzeldaten – für diejenigen, die EDV interessiert, mit verschiedenen Dateien, die sich ohne weiteres rationalisieren lassen, und die eine bessere Kalkulation, als Globalausdruck Kalkulation gesehen, im städtischen Bereich nicht ermöglicht haben. Es war in der Überlegung, zu der bestehenden Anlage noch einen zweiten Rechner dazugeben. Man hat uns die Information gegeben, daß eine Vernetzung dieser beiden Rechner technisch nicht machbar gewesen wäre. An sich wäre das eine sehr positive Sache gewesen, zwei Recheneinheiten in einem Verbund zu betreiben und im Notfall zumindest eine Ersatzmaschine zur Verfügung zu haben, um Notprogramme fahren zu können. Wenn das nicht der Fall ist, das muß man den Fachleuten glauben, so ist es eindeutig richtig, die weitere Überlegung, um eine Erweiterung der bestehenden Anlage vom Tisch zu geben. Dieser Richtigkeit schließen uns wir zumindest auf der Basis der Informationen, die uns vorliegen, an. Wie schon von Herrn Bürgermeister angedeutet, bietet sich auch eine Kooperation mit gleich großen anwendenden Städten an, die sicherlich von Vorteil auch für die Stadt Steyr sein wird. Jeder, der irgendwann einmal mit EDV zu tun gehabt hat, weiß, daß die ersten Gehschritte sehr mühsam sind, und wenn andere schon das Gehen gelernt haben, dann kann man sich dieser Erkenntnisse ohne weiteres bedienen. Ich glaube, daß es nach Maßgabe der mir zugänglichen Informationen richtig ist, den Auftrag an die Fa. Siemens zu vergeben, wobei ich aber ausdrücklich sagen möchte, daß über die Finanzierung der Inbetriebnahme bzw. der Anschaffung selbst separat noch nachgedacht werden sollte, weil da durchaus der Barkauf nicht immer die zweckmäßigste Lösung ist und man sicherlich auch aus budgettechnischen Gründen über Leasing-Finanzierungsmethoden nachdenken sollte.

Wir beschließen ja zunächst nur die Auftragsvergabe, so lautet auch der Antrag. Wobei Vergabe und Finanzierung nicht so fundamental voneinander getrennt sein sollten an sich. Das ist die kleine Einschränkung, die zum vorliegenden Antrag gemacht werden sollte. Man kauft nicht etwas, wenn man noch nicht klar sagen kann, so finanziere ich es. Ich würde bitten, bei zukünftigen ähnlichen umfassenden Investitionen, doch auch ein Finanzierungskonzept mitzugeben bzw. sollte es vorhanden sein, dann auch zur Entscheidungsaufbereitung mit die beabsichtigte Finanzierung zu geben.

Ich fordere die Mehrheit im Rathaus hier in Steyr auf, über ein modernes Finanzierungskonzept für diese EDV-Erweiterung auch sehr offen nachzudenken, wobei nicht alle bisher begangenen Wege die optimalen in die Zukunft sein müssen, genauso wenig wie der bisher begangene Weg in der EDV der optimale in alle Zukunft sein hat müssen. Bitte beherzigen Sie auch diesen Ratschlag nach entsprechenden Finanzierungswegen und nehmen Sie somit die Zustimmung auch der ÖVP-Fraktion zur Kenntnis.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke für den Beitrag. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

EDV ist ein sehr kompliziertes Thema, so kompliziert, daß die GAL sich nicht entscheiden kann, die Zustimmung zu geben, weil wir einfach zu wenig Grundinformation darüber besitzen. Es ist ein sehr großer Betrag, der hier für eine EDV-Anlage ausgegeben wird. Für uns war die Frage offen, Software was kostet die, wann wird gekauft, wofür wird sie gekauft? Diese Fragen konnten wir uns nicht beantworten, darum werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer dem vorliegenden Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL - GR Ramoser) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie um Zustimmung bitten für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Hofrat Mag. phil. Josef Pichler. Mag. Pichler ist langjähriger Direktor der HAK in Steyr und ich glaube es ist rüßig, wenn ich hier herinnen über das Lebenswerk des Herrn Mag. Pichler eine ausführliche Darstellung bringe. Im Amtsbericht ist es sehr deutlich dargestellt. Ich glaube, daß sich eine Persönlichkeit wie Herr Mag. Pichler sicherlich eine Ehrung und Auszeichnung in dieser Form verdient. Mein Antrag an den Gemeinderat lautet:

4) Präs-248/86

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr
an Hofrat Mag. phil. Josef Pichler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anwendung des § 5 Abs. 1 Stadtstatut in Zusammenhang mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, wird Herrn Direktor Hofrat Mag. phil. Josef Pichler in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um den Aufbau und die langjährige erfolgreiche Leitung der Bundeshandelsakademie Steyr die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen um den Aufbau und die langjährige erfolgreiche Leitung der Bundeshandelsakademie Steyr."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke unserem Herrn Bürgermeister für seine Berichte und ersuche ihn gleichzeitig wieder um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich ersuche nun Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Beim ersten Antrag "Novellierung der Vertragsbedienstetenordnung" handelt es sich um eine langjährige gewerkschaftliche Forderung. Bei der Vertragsbedienstetenordnung geht es um die Angleichung an die Linzer Bestimmungen bzw. an das Vertragsbedienstetengesetz 1948.

Ich darf Ihnen den Antrag zur Verlesung bringen:

5) Präs-213/86

Novellierung der Vertragsbedienstetenordnung
(VBO) – Abänderung des § 6.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

§ 6 der VBO der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

Dienstverhinderung

(1) Ist ein Vertragsbediensteter durch Krankheit oder aus anderen wichtigen Gründen verhindert, seinen Dienst zu versehen, so hat er dies ohne Verzug seinem Vorgesetzten anzuzeigen und auf Verlangen den Grund der Verhinderung zu bescheinigen.

(2) Ein wegen Krankheit vom Dienst abwesender Vertragsbediensteter ist verpflichtet, sich auf Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

(3) Kommt der Vertragsbedienstete diesen Verpflichtungen nicht nach, so verliert er für die Dauer der Säumnis den Anspruch auf seine Bezüge, es sei denn, er macht glaubhaft, daß der Erfüllung dieser Verpflichtungen unabwendbare Hindernisse entgegengestanden sind.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die formalrechtliche Änderung der Rechtsgrundlage für die Einhebung der Gemeinde-Getränkesteuer auf grund der Neuerlassung des Finanzausgleichsgesetzes 1985.

Ich darf den Antrag verlesen:

6) Präs-774/84

Getränkesteuerordnung der Stadt
Steyr; Neufassung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 3. April 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene Neufassung der Gemeinde-Getränkesteuerordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 62 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1980, LGBl. Nr. 11, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

(BEILAGE)

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim dritten Antrag geht es um eine Investitionshilfe an Herrn Peter Bittner. Ich glaube, die Sache ist es wert, daß man etwas näher darauf eingeht.

Die Firma Peter Bittner betreibt namens der Stadt seit Jahren die Papiersammlung, deren Erlös dem Roten Kreuz zufließt. Bis 1983 erfolgte die Einsammlung des Altpapiers durch sogenannte Haussammlungen und über den Großcontainer, der bei der Dienststelle des Roten Kreuzes aufgestellt ist. 1984 wurde durch das Umweltschutzreferat eine Intensivierung dieser Maßnahme durchgeführt. Die Fa. Bittner stellte auf eigene Kosten und Gefahr 14 Großcontainer im Bereich der Stadt Steyr zur konzentrierten Papiersammlung auf. Das ergab folgenden Erlös für das Rote Kreuz: 1983 waren es S 64.000,-, 1984 S 163.000,- und 1985 bereits S 209.000,-. Das Sammelergebnis lag 1985 bei ca. 600 Tonnen Altpapier, pro Kopf somit ca. 15 kg, wobei der Landesdurchschnitt bei 10,9 kg liegt. Wir liegen also wesentlich über dem Durchschnitt. Wir sind jedoch der Auffassung, daß es noch verbessert werden könnte, vielleicht sogar auf eine Kopfquote von 30 - 40 kg in Steyr. Es wurden daher mit Jahresbeginn 30 Papiersammelbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1100 Liter und 140 Papiersammelbehälter mit einem Fassungsvermögen von 660 Liter zur Aufstellung gebracht. Eine Reihe von Großcontainern, wahrscheinlich 5 Stück, bleiben trotzdem noch auf den jetzigen Plätzen stehen. Die Investition von S 891.720,- zum Ankauf dieser Container wurde zur Gänze von der Fa. Bittner getragen. Ich glaube daher, daß es zweckmäßig ist, daß wir dem Antrag, den ich Ihnen nunmehr zur Verlesung bringe,

Es handelt sich um einen Antrag des Stadtsenates mit folgendem Wortlaut:

7) Ha-747/86

Peter Bittner, Steyr, Schaumbergerstraße 2;
Ankauf von Papiercontainern; Förderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 17. 3. 1986 wird der Firma Bittner zum Ankauf von Papiercontainern eine einmalige nicht rückzahlbare Beihilfe in Höhe von S 250.000,- gewährt. Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben gelangt jedoch hiervon lediglich ein Betrag von S 200.000,- an die Fa. Bittner zur Auszahlung. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 250.000,--

(Schilling zweihundertfünfzigtausend)

auf die VSt 5/782000/776050 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr begrüßt sehr, daß die Altpapiersammlung in Steyr so großen Erfolg hat. Wir sehen jedoch nicht ein, daß die Container von einer Privatfirma aufgestellt werden und nicht von der Stadt bezahlt werden. Was passiert, wenn diese Firma zusperren muß oder in Zahlungsschwierigkeiten gerät? Heißt das, daß die Container, die ja dieser Firma gehören, neu gekauft werden müssen durch die Stadt oder wird die Altpapiersammlung wieder neu ins Leben gerufen, vielleicht durch eine zweite Privatfirma? Es wäre doch bedeutend besser, die Stadt Steyr würde diese Container ankaufen und an eine Firma vermieten oder leasen. Somit wäre die Gewähr geschaffen, daß es nie passieren könnte, wenn die Firma aus irgendwelchen Gründen in Zahlungsschwierigkeiten gerät, daß auf einmal keine Container in der Stadt Steyr zur Verfügung stehen. Es ist ein Druckmittel einer Firma, wenn man die ganze Altpapiersammlung in der Hand hat. Genauso wie die Firma Hasenöhrl ein Druckmittel hat, weil sie den ganzen Müll von Steyr wegbringt, so könnte auch die Fa. Bittner einmal hergehen und sagen, wir sind nicht mehr einverstanden mit dieser Regelung, die jetzt getroffen worden ist, mit diesem Vertrag, den wir mit der Stadt Steyr gemacht haben. Es entsteht ein neuerlicher Druck gegen die Stadt. Wir würden dafür plädieren, hier einen neuen Weg zu gehen, die Container selbst anzukaufen und zu verlesen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Zuhörer!

Der Herr Gemeinderat Ramoser weiß offenbar von einem zum anderen Mal nicht, was er will. Er hat zu einem anderen Tagesordnungspunkt davon gesprochen, daß die Gemeinde eine Kosten-Nutzenrechnung aufstellen möge, um überhaupt die Wirtschaftlichkeit eines Projektes zu prüfen. In einem Bereich, wo eine Wirtschaftlichkeit – das weiß jeder Wissende – es nicht geben kann. Dort, wo man sehr wohl eine Nutzen-Kostenrechnung aufstellen kann, verlangt der Herr Gemeinderat Ramoser, daß man etwas in die öffentliche Hand übernimmt, was sicherlich privat besser funktioniert und wirtschaftlicher zu führen ist. Wenn er sich über den Inhalt dieses Antrages und vor allem über die Praktiken in Oberösterreich über das Recycling etwas besser informiert hätte, wüßte er beispielsweise, daß das Land Oberösterreich Private für die Abfallbeseitigung, so weit er wiederverwertbar ist, beauftragt hat und wir in Steyr einen meiner Meinung nach und der Mehrheit des Gemeinderates nach noch viel besseren Weg beschritten haben, indem sie es nicht landesmäßig durchführt, sondern versucht, innerhalb des städtischen Bereiches zu tun. Der Erfolg dieser Wiederverwertung von Altmaterial gibt uns nicht nur recht, sondern beweist auch, daß das bisherige Risiko der Kosten und auch der Verwertung des Altpapiers ausschließlich von dieser meiner Meinung nach hier zu unrecht diskredi-

dierten, von ihm diskreditierten, Firma getragen wird. Es ist fast rufschädigend, was man hier einer gut geführten Firma unterstellt, daß sie konkursreif sein könnte, daß sie sich auf Kosten der Stadt bereichert und in Wirklichkeit war es bisher die Firma, die wir beauftragt haben, die zu ihren Lasten die ganze Arbeit gemacht hat, und zwar gut bzw. bestens, und daß dann die Firma nicht ganz zu unrecht an den Magistrat herantritt und ersucht, sie beim Ankauf von Containern zu unterstützen, weil der Bedarf bereits alle Einschätzungen übersteigt, die wir bisher gemacht haben. Das ist nicht verwerflich, sondern eher ein Schritt, der uns weitaus billiger kommt, als würde die Stadt diese Container in Eigenregie kaufen, die ja auch einem Verschleiß unterliegen, regelmäßig entleert müssen und dies zu Kosten, die der Öffentlichkeit nicht möglich sind.

Ich meine auch, meine Damen und Herren, daß wir auch von dem reden sollten, daß aus dem Reinerlös dieses wiederverwertbaren Abfalles das Rote Kreuz bisher regelmäßig beträchtliche Summen bekommen hat. Wenn wir sie nicht aus diesem Anlaß bekommen würden, hieße das, daß das Rote Kreuz mehr öffentliche Mittel benötigen würde, als es gegenwärtig der Fall ist. Auch hier ist eine große Wirtschaftlichkeit meines Erachtens gegeben und es ist beschämend, daß man sich auf diese Art und Weise zu sehr guten Lösungen und vor allem zukunftssträchtigen Lösungen äußert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Aufklärung. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, ich kann es mir ersparen, ausführlich auf die Ausführungen des Herrn Ramoser einzugehen. Ich bin bekanntlicherweise auch Finanzreferent dieser Stadt und wir haben derzeit sehr große Sorgen. Die Einnahmen in den ersten Monaten sind wesentlich niedriger ausgefallen, als wir veranschlagt haben. Das möchte ich hier sagen. Wenn wir dem Rechnung tragen würden, was Kollegen Ramoser vorschwebt, dann würde das bedeuten, daß wir zusätzlich zu diesen S 200.000,- noch S 700.000,- dazulegen müssen. Die Firma Bittner, das ist von Kollegen Pimpl bereits zum Ausdruck gekommen, hat das bisher bestens gemacht. Das hat sich bis jetzt wirklich sehr gut bewährt und ich sehe keinen Grund, daß wir von der bisherigen Regelung Abstand nehmen sollen.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Handzeichen, wer dem Antrag zustimmt? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL – GR Ramoser) beschlossen.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten und letzten Antrag geht es um die Errichtung der Zentralen Kläranlage, und zwar um die Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem Reinhaltverband Steyr und Umgebung gewährtes Darlehen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

8) Wa-5450/75

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 03 – Errichtung der Zentralen Kläranlage; Abänderung der Zusicherung durch den Wasserwirtschaftsfonds; Haftungsübernahme durch die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III – RHV vom 8. 4. 1986 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in Höhe von

S 28.000.000,-- (Schilling achtundzwanzig Millionen)

für den Bauabschnitt 03 der Zentralen Kläranlage zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen zwei Anträge zum Vortrag zu bringen, die sich im weiteren Sinn mit Denkmalpflege und Stadtbilderhaltung auseinandersetzen. Beim ersten handelt es sich um Maßnahmen zur Fassadenerneuerung und Denkmalerhaltung. In drei Abschnitten werden 1985 noch nicht realisierte bzw. im zweiten Abschnitt im Vorjahr begonnene Restaurierungen und im dritten Abschnitt weitere bzw. bereits vollzogene Renovierungen gefördert. Das gesamte Aktivitätsvolumen umfaßt Herstellungskosten von 8,6 Millionen Schilling aufgerundet, wozu ein Zuschußbetrag von 2.334.000 Schilling zu gewähren ist, so lautet mein Antrag. Im ganzen sind 45 Objekte in diesem Förderungspaket beinhaltet. Die Mittelbedeckung erfolgt auch durch Inanspruchnahme von Landes- bzw. Bundesmitteln. Zur Durchführung dieser Aktion stelle ich folgenden Antrag:

9) K-21/86

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1986 – Fassadenerneuerung und Denkmalerhaltung; Abschnitte I, II und III 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 4. 1986 wird der Abwicklung der Fassadenaktion 1986 entsprechend der in diesem Amtsbericht enthaltenen abschnittswisen Aufstellung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VA-St. 1/363000/778000, ein Betrag von

S 990.000,-- (neunhundertneunzigtausend)

bei der VA-St. 5/363000/778010 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 844.000,-- (achthundertvierundvierzigtausend)

bei der VA-St. 5/363000/778010 bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist

so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Beim zweiten Punkt, den ich Ihnen vorzutragen habe, handelt es sich um eine genau so vorbildliche Aktion der Stadt wie beim vorherigen Antrag, nämlich um die Förderung und Erhaltung bzw. Wiederinstandsetzung der alten Dachlandschaft in Steyr unter Heranziehung von natürlichen Deckmitteln. 10 Objekte sind förderungsgegenständlich. Die Gesamtherstellungskosten der im Amtsbericht angeführten Objekte betragen S 4.125.000,-, die erforderliche Subvention, die den Mehraufwand gegenüber der Eterniteindeckung bedecken soll, beträgt S 784.000,-. Damit die Aktion auch tatsächlich durchgeführt werden kann, stelle ich folgenden Antrag:

10) K-21/86

Alte Dachlandschaften von Steyr;

Sanierung mit Tonziegelmaterial.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 4. 1985 wird der Förderung nachstehend angeführter Sanierungen alter Dachlandschaften mit Tonziegelmaterial im Gesamtausmaß von S 784.000,- zugestimmt.

Bau5-4613/83 Sierninger Straße 9

Bau5-5839/85 Stadtplatz 46

Bau5-6587/83 Haratzmüllerstraße 68, 3. Etappe

Bau5-1840/84 Haratzmüllerstraße 25

Bau5-2478/85 Wehrgrabengasse 13 und 15, 2. Etappe (Anbauten bei Museum Arbeitswelt)

Bau5-2953/86 Fabrikstraße 7

Bau5-2954/86 Fabrikstraße 15, 1. Etappe

Bau5-5401/83 Sierninger Straße 43

Bau5-4599/83 Sierninger Straße 36

Bau5-4599/83 Frauengasse 1, 1. Etappe

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 784.000,- (siebenhundertvierundachtzigtausend)

werden bei VSt 5/363000/778000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke Kollegen Holub für seine Berichte. Nächster Berichterstatter ist anstelle des abwesenden Stadtrates Sablik Frau Kollegin Ehrenhuber.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich gehe mit dem Dank an die Hauseigentümer, die wertvolle Eigeninitiative für unser Stadtbild geleistet haben, vom Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER anstelle des abwesenden Stadtrates Sablik:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen. Er betrifft das Asphaltierungsprogramm 1986 und lautet:

11) Bau3-7980/85

Asphaltierungsprogramm 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 4. 1986 wird der Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1986 entsprechend der dem zitierten Amtsbericht beigeschlossenen Aufstellung mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Positionen 2 (Stifterstraße), 5 (Arnhamweg), 7 (Kegelpriel- und Staffelmayerstraße), 13 (Gablerstraße) und 18 (Kühberggasse) nicht zur Ausführung gelangen.

Der Auftrag zur Durchführung der Arbeiten des Asphaltierungsprogrammes 1986 wird aufgrund des genannten Amtsberichtes der MA III vom 1. 4. 1986 an die Bietergemeinschaft Zwettler-BaugesmbH - Hamberger BaugesmbH zum Preise von S 5.360.296,64 übertragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

S 5.000.000,-- (Schilling fünf Millionen)

bei der VA-St. 1/612000/002000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 360.000,-- (Schilling dreihundertsechzigtausend)

bei derselben Voranschlagstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme des Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Hochrather bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Rund 5,5 Millionen Schilling stehen für die Sanierung unserer Straßen im Stadtgebiet von Steyr zur Beschlußfassung. Es sind in einer Beilage etwa 20 Straßenzüge angeführt, die die dringend nötige Verbesserung erfahren sollen. Doch sind in dieser Beilage nicht alle Straßenzüge enthalten, die verbesserungswürdig sind. Ich weiß, daß man auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt bedenken muß. Ich möchte aber trotzdem auf einige Forderungen, die die ÖVP-Fraktion anläßlich der Beschlußfassung des Voranschlages 1986 angemeldet hat, erinnern. In dieser Beilage haben wir z. B. nicht gefunden die Hasenrathstraße, und zwar das unbenannte Verbindungsstück von der Wolfenrathstraße in Richtung Gleink. Es wurde uns vom stadträtlichen Referenten, Stadtrat Sablik, eine Überprüfung dieses Problems zugesagt, aber bis jetzt haben wir kein Ergebnis dieser Überprüfung. Ich möchte daher nochmals ersuchen, daß man sich Gedanken macht, wie man dieses Straßenstück verbessern könnte. Weiters ist ein Straßenstück nicht enthalten, das mit relativ geringen Mitteln verbessert werden könnte, es ist das die Sandbauernstraße von der Schlößlmayrsiedlung in Richtung Stadtgrenze. Die Feldstraße im Bereich des Bauernhauses Hiesmayr, da wurde auch von uns eine Verbesserung gefordert, und zwar ist da bekanntlich ein ganz schmales Straßenstück beim Bauernhaus und da wäre es zweckmäßig, wenn man sich eine Verlegung dieses Straßenstückes überlegen würde. Die Kegelprielstraße im Bereich des Bauernhauses Staffelmayer war ursprünglich geplant, daß diese Straße verlegt wird. Ich weiß, daß das auf 1987 zurückgestellt wird und ersuche, daß dann aber diese Ver-

legung auch wirklich durchgeführt wird.

Eine mir sehr wichtig erscheinende Forderung ist die Verbesserung der Zufahrt zur Mülldeponie. Ich weiß, daß die endgültige Trassierung der Nordspange noch nicht bekannt ist und daß man das abwarten muß. Ich ersuche aber nochmals, daß die Deponie ja jetzt in Betrieb geht, daß man sich auch dieses Problems annimmt. Mit Freude habe ich festgestellt, daß die Stifterstraße von der Neuluststraße bis zur Sarninggasse, die ursprünglich zurückgestellt wurde, nun doch verbessert wird. Diese Punkte sind mir wichtig erschienen, daß man sie erwähnt. Im großen und ganzen möchte ich danke sagen, daß so viele Wünsche unserer Fraktion im Asphaltierungsprogramm verwirklicht wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächster Redner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde keine Wünsche der kommunistischen Partei hier vortragen zusätzliche, sondern ich werde Wünsche der Bevölkerung, die diese Straße benützen, hier anregen. Ich habe schon bei anderen Anlässen, so auch bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung das erwähnt, ich weiß, daß einige Straßen, die ursprünglich zurückgestellt wurden, doch durchgeführt werden aufgrund der miesen Straßenverhältnisse. Mir ist natürlich auch klar, daß wir ohnedies 5,3 Millionen Schilling bereitstellen müssen, um die Asphaltierung und auch die Straßenerhaltung einigermaßen zu bewerkstelligen. Ich möchte aber doch daran erinnern, daß z. B. auch eine wichtige Straße bzw. ein Weg für Wanderer, der Steinbruchweg zwar drinnen ist im Verzeichnis mit ungefähr S 80.000,--. Aber ich glaube, daß man bei der Instandhaltung dieses Weges nicht auskommen wird mit der vorgesehenen Summe. Es ist nämlich derzeit so, daß von der Schwimmschulstraße bis zum Steinbruchweg 6 überhaupt diese Verbindung, also dieser Steinbruchweg, gesperrt ist aufgrund von Steinschlaggefahr.

Ich möchte hier im Gemeinderat erinnern, daß ich die letzte Sitzung des Umweltschutzes dazu benützte, mich mit der Frage zu beschäftigen, wie können wir so manche Straßenverbindung und Wege installieren, die auch einem anderen Zweck dienen. Kollege Pimsl hat dort vorgeschlagen, auch diesen Steinbruchweg einzuplanen zu einem Naturlehrpfad. Ich glaube, daß man diese Anregung vom Umweltschutzreferat aus hier beherzigen soll und diesen Steinbruchweg auf jeden Fall vordringlich mit einzubauen. Außerdem glaube ich, ist es höchst an der Zeit, daß ich ja x-mal hier vorgeschlagen habe, die Errichtung des Radweges in Zwischenbrücken zu beginnen, daß nicht erst die Bemalung durchgeführt wird, wenn schon wieder Winter ist. Ebenso soll der Abgang, den ich bereits im Finanz- und Rechtsausschuß erwähnte, nämlich der Weg vom Wohngebiet Resthof zum Sandmayrsteg, also die Verbindung zu Münichholz herstellt, instandgesetzt bzw. asphaltiert werden und auch für Kinderwagen befahrbar gemacht werden. Ich glaube, auch für diese Maßnahme sind keine enormen Mittel notwendig, würden aber sicherlich dem Wunsch der dortigen Bevölkerung nachkommen.

Außerdem haben wir in der Fraktionsobmännerbesprechung dieses Problem als vordringlich bewertet, und zwar alle Fraktionsobmänner, die an dieser Besprechung teilgenommen haben, daß zur Sicherung der Fußgeher und Radfahrer im Bereich der Ennser Straße, beginnend vom Resthofgebiet zur Gleinker Kreuzung, man dort einen Fußgeher- und Radfahrweg errichtet. Nach dem mündlichen Gespräch ist es so, daß vorgesehen ist, vom KGM bis zur Gleinker Kreuzung einen Fußgeher- und Radweg zu errichten und diesen auch zu asphaltieren. Das ist ebenfalls bis jetzt nicht in diesem Programm beinhaltet.

Meine Damen und Herren ich glaube, daß man auch so kleine Verbesserungen, die vorgeschlagen werden, ehest durchführen müßte.
So fällt mir zum Schluß noch ein, daß auch durch die Baumaßnahmen in der Steinfeldstraße die Erneuerung der Belagarbeiten notwendig ist und dabei auch den Parkplatz, der dort errichtet wurde auf den Rogl-Gründen herzurichten. Man kann diesen Platz sicher nicht so belassen, wie so manche Herren hier im Rathaus glauben, wir räumen die Wiese weg, geben ein paar Fuhren Schotter hinein und der Parkplatz für dieses Wohngebiet ist damit errichtet. Ich glaube, daß es notwendig ist, auch diesen neu angelegten Parkplatz für dieses Wohngebiet zu asphaltieren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? Keine.

Darf ich dazu auch einige Worte sagen, dazu bitte ich aber Kollegen Holub um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Vizebürgermeister Wippersberger um seine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf mich zu Wort melden dazu. Sie wissen, daß unser Haushalt immer in den Spätsommermonaten, im Herbst, erstellt wird für das kommende Jahr. Wir haben insgesamt 5 Millionen im Budget für Straßenasphaltierung, das wurde hier im Gemeinderat beschlossen, und zwar einstimmig. Dazu kommen noch 2 Millionen Schilling für Straßeninstandhaltung, also insgesamt kann man eigentlich von 7 Millionen sprechen. Außer diesen S 7 Millionen sind es noch viele Millionen – die genaue Ziffer weiß ich momentan nicht – die wir für Straßenneubau ausgegeben haben, diese Beträge sind hier nicht inbegriffen. Es geht ja hier nur um Straßeninstandsetzungs-, um Straßenerhaltungsausgaben. Wir haben, wie schon betont wurde, beim Asphaltierungsprogramm die Summe um fast S 400.000,- jetzt bereits überschritten. Wir haben vor kurzem den weiteren Ausbau der Steiner Straße vorgezogen – das waren auch S 700.000,-, das wurde ja heute im Stadtsenat beschlossen. Ich kenne eine ganze Reihe von Wünschen und weiß, daß viele Wünsche vom Asphaltierungsprogramm zurückgestellt wurden. Einer davon ist bereits hier dargelegt worden, das war die Kegelprielstraße, diese wurde für 1987 zurückgestellt. Es ist einfach nicht möglich, alle Wünsche, die herangetragen werden, zu berücksichtigen. Es kann eben nur das gemacht werden, wofür wir auch Geld auftreiben können. Ich bin überzeugt, daß die meisten Wünsche, die vorgebracht wurden, wenn nicht heuer so nächstes Jahr, berücksichtigt werden können. Es ist z. B. angedeutet worden Geh- und Radweg vom KGM bis zur Gleinker Kreuzung. Darüber haben wir vor kurzem eine Besprechung gehabt, das ist auch eine große Sache, betragsmäßig eine große Sache, die wird auch durchgeführt, und zwar in Kürze. Wenn Du, Kollege Treml, gesprochen hast vom Radweg Zwischenbrücken, das wurde diesmal im Stadtsenat beschlossen, ich glaube das sind S 210.000,-. Das wird also in Kürze gemacht werden. Die Wünsche, die hier vorgebracht wurden, werden, wenn nicht heuer, so zumindestens zur Gänze im kommenden Jahr erfüllt. Das wollte ich hier zum Ausdruck bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag und stelle die Frage, ob sonst noch jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich übergebe damit wieder den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPER, SBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und darf gleich den vorliegenden Antrag zur Abstimmung bringen. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Im nächsten Antrag geht es um die Umwidmung von Grünland in Bauland. Herr Wilhelm Rogl, Azwangerstraße 41, hat mit Schreiben vom 2. September um Umwidmung von Grundstücksteilen an der Steyrecke Straße von Grünland in Wohngebiet angesucht, da ihm sein Vater, Josef Rogl, Kegelprielstraße 26, diese Grundstücksteile zum Bau eines Einfamilienwohnhauses überläßt. Zur näheren Information: Josef Rogl ist das Bauernhaus oberhalb des Krankenhauses, das vor zwei Jahren durch Blitzschlag bis auf den Hausstock eingeäschert wurde. Da in unmittelbarer Umgebung bereits ein Kleinsiedlungsgebiet besteht und eine generelle Trennung zwischen Grün- und Bauland zweckmäßig erscheint, hat der Bauausschuß in seiner Sitzung vom 3. Oktober 1985 die Einleitung eines Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens beschlossen. Es wurden dagegen keine maßgeblichen Einwendungen gemacht und somit ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

12) Bau2-5747/85

Wilhelm Rogl; Ansuchen um Umwidmung von Grundstücksteilen
an der Steyrecke Straße von Grünland in Wohngebiet.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Umwidmung von Grünland in Bauland entsprechend den Änderungsplänen des Stadtbauamtes vom 19. November 1985 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 22. April 1986 beschlossen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Bericht. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute 3 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vortragen. Der erste Antrag behandelt die Refundierung von Ausgaben für das Brunnenschutzgebiet in Dietach für 1985.

Der Antrag lautet:

13) ÖAG-2086/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr – Brunnenschutzgebiet:

Refundierung von Ausgaben für das Jahr 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 28. 2. 1986 und des Prüfberichtes des Kontrollamtes vom 20. 3. 1986 wird zur Refundierung von Ausgaben für das Brunnenschutzgebiet der Betrag von
S 700.000,-- (Schilling siebenhunderttausend)
bei der VA-St. 1/879000/728000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 267.300,-- (zweihundertsiebenundsechzigtausenddreihundert)
bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.
Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein zweiter Antrag behandelt Auftragsserhöhungen bezüglich der Trinkwasseraufschließung im Stadtteil Unterhimmel. Der Antrag lautet:

14) ÖAG-625/78

Stadtwerke

Trinkwasseraufschließung Unterhimmel; Auftragsserhöhungen – Schlußabrechnung; Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. 9. 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 11. 9. 1984 wurden im Zusammenhang mit der Trinkwasseraufschließung in Unterhimmel folgende Aufträge vergeben:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten an die Fa. Arge Beer & Janischofsky – Negrelli, Steyr, zum Preise von S 1.475.136,-- (excl. USt)
 2. Lieferung der Rohre und Armaturen an die Fa. Höller-Eisen, Oberweis, zum Preise von S 254.455,-- (excl. USt).
 3. Lieferung der duktilen Gußrohre und Formstücke an die VÖEST Alpine Rohstoffhandels-GesmbH, Salzburg, zum Preise von S 256.220,-- (excl. USt).
- Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 18. 3. 1986 wird nunmehr einer Erweiterung folgender Aufträge nachträglich zugestimmt:
1. Baumeisterarbeiten an die ARGE Beer & Janischofsky – Negrelli, Steyr, zum Preise von S 533.911,29 (excl. USt)
 2. Lieferung der PVC-, PE-Rohre und Armaturen:
an die Fa. Höller-Eisen, Oberweis, zum Preise von S 38.183,04 (excl. USt.)
 3. Lieferung der Sphärogußrohre und Formstücke:
an die Fa. VÖEST-Alpine Rohstoffhandels-GesmbH, Salzburg, zum Preise von S 3.221,-- (excl. USt.)

Die erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag behandelt den Einkauf von Sphärogußrohren und Formstücken als Jahresbedarf für 1986 für Gas- und Wasserwerk. Der Antrag lautet:

15) ÖAG-1742/86

Stadtwerke

Gas- und Wasserwerk; Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken (Jahresbedarf 1986).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. 3. 1986 wird der Auftrag zur Lieferung der für die Rohrverlegung des Gas- und Wasserwerkes im Geschäftsjahr 1986 erforderlichen Sphärogußrohre und Formstücke an die Fa. VÖEST-Alpine, Rohstoffhandels-GesmbH zum Preis von S 3,738.490,- (excl. USt.) übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Handzeichen? Danke. Gegenprobe? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Herrn Stadtrat Steinmaßl für seine Beiträge. Nächster Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wenn den Beginn unserer Sitzung Wackersdorf überschattet hat, so glaube ich, daß unsere wichtigste Aufgabe es ist, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Ich freue mich daher, daß ich Ihnen zwei Anträge vortragen darf, die einen Grundverkauf an zwei Firmen beinhalten, die im Endausbau 300 neue Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung bringen.

Der erste Antrag lautet:

16) ÖAG-2203/85

Betriebsansiedlung der Firmengruppe Dräxlmaier;

Grundverkauf und Förderungsübereinkommen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Dem Verkauf der neu geschaffenen Grundparzelle 1760/3, EZ 1907 KG 49233 Steyr, im Ausmaß von 15.000 m² zum Preise von S 400,-/m² an die Fa. VTS-Verdrahtungstechnik-GesmbH wird zugestimmt. Die Käuferin hat den Kaufpreis von S 6.000.000,- (sechs Millionen) in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. Jänner 1987 und 1. Jänner 1989 unverzinslich zu bezahlen. Der Kaufpreisrest ist auf dem Kaufobjekt pfandrechtlich sicherzustellen. Die Käuferin hat auf der gekauften Parzelle innerhalb von drei Jahren eine gewerbliche Betriebsanlage zu errichten und zu betreiben. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Die Kosten der Durchführung dieses Vertrages gehen zu Lasten der Käuferin.

2) Der Käuferin werden im Sinne vorstehenden Amtsberichtes nachstehende Gewerbeförderungen gewährt: Ein Ansiedlungszuschuß in Höhe von S 3.750.000,- auszahlbar in zwei Teilbeträgen von je S 1.875.000,- am 1. Jänner 1987 und 1. Jänner 1989. Im 2. Falle allerdings unter der Voraussetzung, daß die kaufende Firma bis dahin mindestens 150 Arbeitsplätze geschaffen hat bzw. erst zu dem Zeitpunkt, in welchem dieser Beschäftigtenstand erreicht ist. Bei Rückgängig-

machung des Erwerbsvorganges ist der Ansiedlungszuschuß ohne Abzug an die Stadt zurückzuzahlen. Weiters wird seitens der Stadt Gewerbeförderung durch Aufschließung des Baugrundstückes (Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsbau) Nachlaß der Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigerstellung und Herabsetzung der Kanalanschlußgebühr von S 100,- auf S 30,-/m² gewährt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als Sprecher der KPÖ-Gemeinderatsfraktion habe ich zum beantragten Grundverkauf, den jetzt Kollege Zöchling vorgetragen hat, an die ausländische Firmengruppe Dräxlmaier bereits am 13. Mai im Finanz- und Rechtsausschuß eingehend, wie ja die Damen und Herren des Finanz- und Rechtsausschusses wissen, Stellung bezogen. Bei diesem Grundverkauf im Ausmaß von 15.000 m² zu einem Preis von nur S 400,-/m² handelt es sich um ein enormes Geschenk für den westdeutschen Fabrikanten. Beim Ankauf dieses Grundstückes vor 3 Jahren im Juli 1983 betrug der Quadratmeterpreis S 700,- und durch die Verzinsung in dieser Zeit und auch der Gebühren und Umschreibekosten, die damals die Stadt übernommen hat bei diesem Grundankauf, erhöhte sich der Grundpreis nach meiner Rechnung auf rund S 890,-. Zu dieser mehr als großzügigen Förderung für die Betriebsansiedlung kommt ein großer Ansiedlungszuschuß, wie auch hier beantragt wurde, in der Höhe von mehr als 3,7 Millionen Schilling zur Auszahlung. Weiters ist die Mehrheit des Gemeinderates bereit, eine Zusatzförderung durch Bezahlung der Aufschließungskosten, wie Straßen, Kanal, Wasserleitungsbau, ebenfalls zu gewähren. Auf meine bereits im Finanz- und Rechtsausschuß gestellte Anfrage, auf wie hoch sich diese Kosten konkret belaufen, konnte keine Antwort gegeben werden. Es wäre daher für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vor allem vor der Beschlußfassung interessant, wieviele zusätzliche Kosten von der Stadt noch getragen werden sollen. Weiters soll ein Nachlaß auf Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigerstellung sowie die Herabsetzung der Kanalanschlußgebühr um 70 Prozent, nämlich von S 100,- auf S 30,-/m² gewährt werden. Nach der bisher bekannten Darstellung, meine Damen und Herren, ist die Förderung an die Fa. Dräxlmaier durch die Stadt nach meiner Auffassung, zumindestens der Gesamtförderungsbetrag, durch diese Antragstellung verschleiert. Ich glaube, hier auch keine Neuigkeit zu sagen, wenn ich feststelle, daß einige führende Männer hier im Rathaus meine Meinung teilen, daß es sich bei diesem Vertrag zwischen der Stadt Steyr und der Fa. Dräxlmaier um einen für die Stadtgemeinde belastenden schlechten Vertrag handelt, der nur unter einem bestimmten Druck zustande kam, welcher auf die Arbeitsmarktlage hier in der Region Steyr zurückzuführen ist.

Die KPÖ-Fraktion stimmt natürlich gegen diesen Grundverkauf und das beantragte Förderungsübereinkommen. Wir halten uns weiterhin an die einstimmig beschlossene Richtlinie für Gewerbeförderungsmaßnahmen unserer Stadt, die, wie ich ja bei einer der letzten Sitzungen sehr ausführlich ausführte, im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr festgelegt sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Tatsache hinweisen, daß immer mehr Grund und Boden der Stadt Steyr in ausländische Hände kommt. Es steht heute nicht zur Diskussion und wird auch nicht beschlossen, aber ich kenne es aus einem anderen Antrag, daß neuerdings zu den großen Grundbesitzungen zwischen Wälzlagerwerk und Haager Straße der BMW-Motorenwerke zusätzlich ein weiterer Grundankauf von dieser Firma getätigt wird, nämlich 5.254 Quadratmeter.

Während man sich nämlich gegenüber dem Auslandskapital von einer nicht zu rechtfertigenden Großzügigkeit zeigt, wandern heimische Betriebe ab aus Steyr wie etwa die Firma Riha, die Firma Bichler in nächster Zukunft, und die AGRE ist ja bereits abgewandert und andere. Abschließend, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich feststellen, daß die Förderungsmaßnahmen bei Ansiedlungen in keinem vernünftigen Verhältnis zur Förderung der bestehenden Steyrer Betriebe stehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Nächster Sprecher ist Kollege Wippersberger.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Liebe Kollegen und Kolleginnen, Kollege Tremel hat sehr polemisch gesprochen. Es ist richtig und wahr, im Finanz- und Rechtsausschuß ist diese Sache bereits besprochen worden und da wurde auch von mir gesagt, daß es sich um einen schlechten Vertrag handelt. Aber es ist der beste Vertrag, den wir bekommen konnten, wir bekamen eben keinen besseren. Es sind immerhin 250 Arbeitsplätze, 250 Menschen, die derzeit bereits bei der Firma Dräxlmaier beschäftigt sind. Du hast auch gesprochen von BMW, das ist ja auch ein ausländisches Unternehmen. Hätten wir BMW nicht, so hätten wir wiederum um 1500 Arbeitsplätze weniger, das sind dann insgesamt 1750 Arbeitsplätze. Wo würden denn die Menschen unserer Stadt dann Arbeit finden? Wir als Stadt sind eben bemüht, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu schaffen hier in Steyr und nehmen auch in Kauf, daß wir Schulden machen, damit die Menschen unserer Stadt Arbeit finden. Wir bemühen uns wirklich seit Jahren und nicht ohne Erfolg, Betriebe anzusiedeln. Die Fa. Dräxlmaier ist im Zuge von BMW gekommen. Wäre BMW nicht gekommen, hätten wir Dräxlmaier überhaupt nicht herbekommen. Die Fa. Dräxlmaier ist nur deshalb nach Steyr gekommen, weil sie ein Zulieferer von BMW ist. Es sind immerhin derzeit schon 1.750 Arbeitsplätze. Ich frage mich, Kollege Tremel, wo würden diese Leute arbeiten, wenn diese Betriebe nicht hier wären? Als Finanzreferent muß ich feststellen, daß uns auch ein anderer Vertrag lieber wäre, aber wir konnten keinen besseren bekommen. Wir in unserer Stadt leiden darunter, daß wir räumlich eine sehr kleine Stadt sind. Umlandgemeinden, wie z. B. St. Ulrich, ist im Vergleich zu Steyr eine Großstadt. Ulrich ist bekanntlicherweise rund viermal so groß wie Steyr und hat, wenn ich richtig informiert bin, nicht einmal 3.000 Einwohner. Garsten ist mehr als doppelt so groß. Alle diese Gemeinden tun sich leicht bei Betriebsansiedlungen, weil dort sehr viele Grünflächen sind und weil die Grünflächen in diesen Gemeinden viel billiger zu erhalten sind als in unserer kleinen Stadt Steyr, die räumlich so beengt ist. Nochmals betonen muß ich, es erscheint uns sehr wichtig, Arbeitsplätze zu schaffen, so viele Arbeitsplätze wie nur möglich. Die Steyrer Betriebe, das muß auch hier festgestellt werden, unterstützen wir so weit als möglich in zunehmendem Ausmaß. Viele Millionen Schilling haben wir in den letzten Jahren, obwohl es nicht Aufgabe der Stadt, Aufgabe der Gemeinde wäre, dafür ausgegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke Kollegen Wippersberger. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ-Fraktion) angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Ich darf den zweiten Grundverkauf vortragen.

17) ÖAG-2383/86

Verkauf eines Gewerbegrundstückes an der
Ennser Straße an die Firma Zgonc.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Dem Verkauf der neu geschaffenen Grundparzelle 1760/5 EZ 1907 der Kat. Gem. 49233 Steyr im Ausmaß von 5000 m² zum Preise von S 700,- an die Fa. Zgonc, Handelsgesellschaft mbH, 1031 Wien, Modecenterstraße 3, wird zugestimmt. Der anteilige Straßengrund im Ausmaß von 415 m² ist zum gleichen Preise mitzukaufen. Die Käuferin hat auf der gekauften Parzelle innerhalb von 3 Jahren eine gewerbliche Betriebsanlage zu errichten und zu betreiben. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Die Kosten der Errichtung und Durchführung des Vertrages sowie die Vermessungskosten gehen zu Lasten der Käuferin.

2) Der Käuferin wird im Sinne vorseitigen Amtsberichtes nachstehende Gewerbe-
förderung gewährt:

Die Aufschließung des Baugrundes (Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsbau) erfolgt auf Kosten der Stadt. Weiters der Nachlaß der Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigerherstellung und die Herabsetzung der Kanalanschlußgebühr von S 100,- auf S 30,-/m².

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Was den Grundverkauf an die Firma Zgonc im Ausmaß von 5000 m² zum Preise von S 700,-/m² betrifft, möchte ich einen grundlegenden Unterschied zum Grundverkauf an die Fa. Dräxlmaier sehen. 1. handelt es sich um einen realistischen Grundpreis und 2. ist die Förderung nicht so überdimensioniert und es wird auch kein direkter Ansiedlungszuschuß gewährt. Es entspricht auch dieser Fall nicht ganz den Richtlinien im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr. Allerdings scheint uns der Unterschied so bedeutend zu sein, daß wir diesem Antrag als kommunistische Fraktion die Zustimmung geben können.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich eines feststellen, was die meisten Damen und Herren des Gemeinderates vielleicht im Laufe der Zeit vergessen haben. Mit dem Abverkauf der Gewerbegründe der ehemaligen Schützenhofergründe an der Ennser Straße wurde mit dem Beschluß, den Sie jetzt fassen, über 39.000 m² Grund um den Gesamtpreis von nur 16,5 Millionen Schilling an vier Fabrikanten abgegeben. Für den Grundankauf mußte allerdings die Stadt Steyr rund 36 Mill. S aufwenden. Das bedeutet, daß die drei Fabrikanten, Kraml, Almauer und die BRD-Firma Dräxlmaier, für ihre Grundanteile nicht einmal den halben Grundpreis bezahlten. Die Stadt Steyr hat also an diese Firmen 20 Mill. S verschenkt, die sie allerdings gar nicht besitzt. Für diese Summe wurde ja ein Kredit aufgenommen und wir werden weiterhin als Stadt Steyr dafür Zinsen zahlen müssen. So sieht die Situation aus und auf der anderen Seite zeigt man immer wieder hin auf die prekäre finanzielle Situation unserer Stadt, wenn es um soziale, kommunale Aufgaben geht, die der Gemeinde zustehen sie zu erfüllen und zu finanzieren. Die Hauptaufgabe einer Kommune und auch der Stadt Steyr ist nicht in erster Linie, Betriebe zu finanzieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Nächster ist Kollege Wippersberger.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Um der Wahrheit Rechnung zu tragen, muß ich mich nochmals zu Wort melden. Ich möchte mich nicht wiederholen, was ich vorerst gesagt habe im Bezug auf die Arbeitsplätze. Die Firmen, die hier herkommen, bezahlen bekanntlicherweise eine Gewerbesteuer, die zu 50 Prozent der Gemeinde zufließt, und die Firmen bezahlen je nach Beschäftigtenanzahl 2 Prozent Lohnsummensteuer. Jeder, der mit den Finanzen unserer Stadt ein wenig sich beschäftigt weiß, daß die Lohnsummensteuer z. B. eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt ist. Wir verlieren zwar momentan, das stimmt, aber wir bekommen diese Gelder im Laufe der nächsten 15 - 20 Jahre sicher wieder herein, das muß man hier sagen. Wären diese Betriebe nicht da, würden wir keine Gewerbesteuer bekommen und wir würden auch keine Lohnsummensteuer bekommen, das noch zusätzlich zu den Arbeitsplätzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein nächster Antrag lautet:

18) GHJ2-7434/85

Hauptschule Promenade; Erneuerung von Garderobeeinrichtungen und Waschräumeinrichtungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 17. 4. 1986 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Garderobe- und Waschräumeinrichtungen in der HS Promenade 16 folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Installationsarbeiten an die Fa. Kriszan, Steyr, zum Preise von | S 147.200,40 |
| 2. Tischlerarbeiten an die Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von | S 131.856,-- |
| 3. Baumeisterarbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preise von | S 88.338,-- |
| 4. Fliesenlegerarbeiten an die Fa. Brunner, Steyr, zum Preise von | S 70.032,-- |
| 5. Bodenlegerarbeiten an die Fa. Löger, Steyr, zum Preise von | S 22.006,80 |
| 6. Elektroarbeiten an die Fa. Mitterhuemen, Steyr, zum Preise von | S 5.000,-- |
- (alles inkl. MWSt.)

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 465.000,-- (vierhundertfünfundsechzigtausend)

werden bei der VA-St. 1/212000/010000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir sind damit am Ende der Verhandlungsgegenstände angelangt. Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde und ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Pimsi bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde 15.50 Uhr.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Das Reaktorunglück in Tschernobyl hat einmal mehr drastisch deutlich gemacht, daß die radioaktive Strahlenverseuchung selbst über große Entfernungen für die Menschen zur lebensgefährlichen Bedrohung werden kann. Umso wichtiger erscheint mir, daß aus diesem Anlaß und aus Anlaß der zukünftigen Gefahren, entsprechende Maßnahmen weiterhin im verstärkten Umfang getroffen werden. Steyr darf sich rühmen, das zurecht, daß sie seit Jahren vom Magistrat für den Zivil- und Strahlenschutz entsprechende Erhebungen, Vorbereitungen und Untersuchungen gemacht hat, die der Bevölkerung dienen und die vor allem bei gegebenem Anlaß auch entsprechend greifen und helfen. Für die Stadt ist Oberamtsrat Gergelyfi als Strahlenschutzbeauftragter für diesen Bereich zuständig und er ist nicht nur geschult in allen wesentlichen Fragen des Strahlenschutzes – er hat beispielsweise im Forschungszentrum Seibersdorf eine entsprechende Schulung mitgemacht – sondern es wurden auch schon über Jahre mit den vereinzelt Organisationen Absprachen getroffen, die beim Anlaßfall zu wirksamen Schutzmaßnahmen führen können. So wurde mit der Polizei, mit dem Bundesheer, mit der Feuerwehr und mit dem Roten Kreuz ein Katastrophenplan erstellt, der, immer wieder vorausgesetzt, daß ein entsprechender Anlaß besteht, zur wirksamen Hilfe für die Bevölkerung dient. Es ist so, daß sogar der im Rahmen der Magistratsabteilung erarbeitete Katastrophenplan von der OÖ. Landesregierung genehmigt wurde und gleichzeitig als Musterplan für das Land Oberösterreich angenommen wurde. Es wurden bereits 1982 zur Feststellung jener Objekte, die einen bestimmten Strahlenschutzwert haben, alle Gebäude in Steyr erhoben und entsprechend katalogisiert. Es wurde im Rahmen des Forschungsprojektes Sammelschutzräume im Raume Steyr von Prof. Panzhauser gute und umfangreiche Arbeit geleistet. Es gibt bei der Polizei in Steyr eine permanente Strahlentruppe, die rund um die Uhr die Möglichkeit besitzt, im Anlaßfall wirksam zu werden. Es wurden – das sind nur Beispiele der umfangreichen Tätigkeit dieses Bereiches – 30 Schüler der HTL Steyr mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres ebenfalls einem Strahlenschutzlehrgang unterzogen in Seibersdorf. Das hat sicherlich dazu beigetragen, daß bereits Ansätze – mehr kann es gar nicht sein – für eine wirksame Verhaltensweise im Katastrophenanlaß gegeben sind. Wir haben in der Vergangenheit Kurse unter dem Überbegriff "Sicherheitspaket" abgehalten und es ist gedacht, diese speziellen Kurse im Herbst 1986 oder im Frühjahr 1987 wieder fortzusetzen, die sich unter anderem auch mit diesem Thema beschäftigen. Es ist, das hat ja die jüngste Vergangenheit gezeigt, notwendig, diese Maßnahmen mehr als bisher zu verstärken, um der Bevölkerung das Gefühl zu geben, daß im Gefahrenfall entsprechende Maßnahmen getroffen werden können, daß alle geeigneten Vorbereitungen getroffen sind, um der Bevölkerung zu helfen. Eines hat sich in diesen Wochen auch gezeigt, daß die Weitergabe von Informationen und die Zusammenarbeit überregional nicht immer so funktioniert wie es notwendig wäre. Ein Beispiel dafür ist, daß die OÖ. Landesregierung erst am 1. 5. um 20.45 Uhr den Magistrat Steyr über die Strahlenbelastung in Oberösterreich informiert hat. Das ist sicherlich ein Versäumnis, welches meiner Meinung nach auf menschliche Versäumnisse zurückzuführen ist, was aber andererseits eine wirksame Maßnahme für die Bevölkerung verzögert. Ich bin daher der Meinung und ersuche Dich, Herr Bürgermeister, gerade diesbezüglich für eine bessere Abstimmung notwendiger Maßnahmen, eine raschere Informationsweitergabe von Landes-, aber auch wenn notwendig von Bundesstellen, zu sorgen, damit jeder Gefahr so weit wie möglich entgegengewirkt werden kann. Ich weiß, daß die Stadt Steyr durch ihre Organe bemüht ist, – das habe ich mit einigen Beispielen aufgezeigt – gegen Katastrophenfälle – Strahlenbedrohung ist eine der schlimmsten Katastrophen, die uns treffen können, weil uns das unvorbereitet trifft, also aus heiterem Himmel – ländermäßig, bundesmäßig, aber auch international

Vorsorge zu treffen, um Unfälle, wie sie hier in der Sowjetunion passiert sind, die aber auch anderswo passieren können, zu verhindern. Es gibt ja Möglichkeiten in der Schweiz, in der Bundesrepublik, in der Tschechoslowakei oder in weiter entfernten Ländern. Wir wissen ja, daß diese der friedlichen Energiegewinnung dienenden Anlagen tatsächlich bei einem Unfall schlimme Auswirkungen für die Menschheit nach sich ziehen können. Wir glauben aber auch, daß es nicht nur genügt, Vorsorgemaßnahmen zu treffen, sondern daß man sehr wohl – dieses Ereignis hat zweifellos zu einem sehr großen Umdenken in der Bevölkerung geführt, und zwar auch bei jenen, die bisher eine andere Meinung zu diesem Thema gehabt haben, ich bekenne mich auch dazu, daß ich immer der friedlichen Energienutzung das Wort geredet habe – nicht übersehen sollte die Bedrohung der Atomkraft. Diese ist ja durch kriegerische Möglichkeiten weitaus größer, weil alle großen Länder dieser Erde nach wie vor sich der Kernenergie für kriegerische Zwecke bedienen, ob das Atom- oder Wasserstoffbomben sind. Es wäre nur sehr einäugig gesehen, wenn man nur die eine Seite des Problems aufgreifen würde oder nur in jenen Ländern die Gefahren erkennt, die unter Umständen vielleicht einem etwas geeigneter zum Polemisieren erscheinen. Nicht die Polemik darf im Vordergrund stehen, sondern das Wissen der Gefühle der Menschen in unserer Stadt und in Österreich. Ich bitte daher nochmals, Herr Bürgermeister, alles zu unternehmen, daß bei Gefahr rasch und wirksam gehandelt werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimpl für dieses Thema. Dieses Problem läßt sicherlich an Aktualität nichts zu wünschen übrig. Ich habe mich ja bereits eingangs der Sitzung mit diesem Problem beschäftigt und auch ein Schreiben des Magistrates an den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Landeshauptmann befaßt sich mit diesen Problemen. Ich möchte dazu als Bürgermeister einige Details zur Kenntnis bringen. Im Frühjahr 1982 sind in Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Magistrates Erhebungen zur Feststellung der Strahlenschutzwerte aller Gebäude in Steyr durchgeführt worden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind auf Lochkarten eingetragen worden und die Berechnung des Strahlenschutzwertes im Rechenzentrum Wien ausgewertet worden. Es ist folgendes Ergebnis herausgekommen, und ich glaube, das ist ganz interessant: 1840 Objekte (36,7 %) erreichten den Schutzwert A. Zu den einzelnen Schutzwerten komme ich noch zu sprechen. 1343 (26,8 %) Objekte haben den Schutzwert B, 800 Objekte (16 %) den Schutzwert C, 647 Objekte (12,8 %) den Schutzwert D und bei 385 Objekten (7,7 %) konnte aus verschiedenen Gründen eine Erfassung nicht durchgeführt werden. Die Kategorie A gilt als optimal bzw. als optimal adaptierbar, B als mit erheblicheren Mitteln adaptierbar, die Kategorie stellt den Behelfsschutz dar, während die Kategorie D als schutzlos anzusehen ist. Von diesem Ergebnis sind auch die Hauseigentümer schriftlich in Kenntnis gesetzt worden, gleichzeitig sind entsprechende Vorschläge für eine Adaptierung bzw. vervollständigung der Schutzräume beigelegt worden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die zitierte wissenschaftliche Bearbeitung des Demonstrations- und Forschungsprojektes Sammelschutzräume im Raum Steyr hinweisen. Unter Leitung von Prof. Panzhauser wurde im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung eine Erhebung der Sammelschutzräume im Bereich der Stadt Steyr durchgeführt. Aufgrund der Struktur unserer Stadt besteht ein maximaler Schutzplatzbedarf von 76.000 Plätzen, wobei die Nachtbevölkerung ca. 43.000 und die Tagbevölkerung ca. 62.000 Personen beträgt. Diese 76.000 Plätze wären daher, wenn man den Ernstfall annimmt, niemals besetzt. Sie müssen aber an verschiedenen Orten vorhanden sein. Aufgrund der zitierten Strahlenschutzenerhebung der Häuser und Überprüfung der vorhandenen Stollenanlage ergibt sich ein Gesamtangebot von insgesamt 109.000 Schutzplätzen. Diese sind jedoch so gelagert, daß sie nicht für die Versorgung

der gesamten Bevölkerung dienlich sind. Auf alle Fälle kann dem Bericht entnommen werden, daß die vorhandenen Schutzräume und Stollen einem erheblichen Teil der Bevölkerung entsprechenden Schutz gewähren können, das heißt, in einem Zivilschutzfall würde das Aufsuchen von Wohnräumen an sich genügen. Entsprechende Vereinbarungen bzw. Absprachen mit der Einsatzorganisation der freiwilligen Feuerwehr, des Roten Kreuzes, aber auch der Polizei und des Bundesheeres, gewährleisten im Katastrophenschutzfall einen entsprechenden Schutz der Bevölkerung in Steyr. Im Rahmen der Dienststelle des Magistrates wurde der Katastrophenhilfsplan erarbeitet und er wurde auch seitens der Landesregierung bereits genehmigt und ist als Musterplan für Oberösterreich vorgesehen. Bei der Koordination der Einsatzkräfte stehen für das Stadtgebiet Strahlenmeßgeräte aus dem Bereich der Bundespolizeidirektion im ausreichenden Maß zur Verfügung. Die Bundespolizeidirektion hat auch eine Diensterteilung, bei der sichergestellt ist, daß immer ein vollständiger Strahlentrupp eingesetzt werden kann. Der Strahlenschutzbeauftragte der Bundespolizeidirektion wurde im gegebenen Fall ersucht, die entsprechenden Messungen der Erde durchzuführen.

Meine Damen und Herren, es ist auch eine sehr wichtige Aufgabe in der Tätigkeit des Zivilschutzverbandes, die Schulung der Mitglieder vorzunehmen. Aber auch alle anderen Zivilschutzinteressierten sollten ständig informiert werden. In diesem Zusammenhang wurde für Österreich ein einmaliger Weg gewählt, wir haben im Rahmen der Kurse der Volkshochschule nach Absprache mit den Kursleitern an einem Abend jeweils Fachreferate in dieser Richtung eingebaut und wir haben vor, in der Zukunft diese Art der Information fortzusetzen und weiter zu verstärken. Wichtig erscheint uns auch, daß die Schulung der Schüler der Austrittsklassen aller Schulen in Steyr erfolgt. Jährlich werden dadurch ca. 300 - 400 Schülerinnen und Schüler entsprechend unterwiesen. Ich glaube, daß aufgrund der Ergebnisse diese Erhebungen, die hier vorgenommen wurden, doch beispielgebend nicht nur für Oberösterreich, sondern für ganz Österreich sind. Wir werden uns bemühen, aufgrund der katastrophalen Vorkommnisse in der Sowjetunion, diese Informationen nicht zu vernachlässigen, sondern weiterhin zu verbessern.

Ich möchte noch fragen, ob seitens der anderen Parteien zu diesem Thema das Wort gewünscht wird? ÖVP? Kollege Holub bitte.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, es ist wohl notwendig, zu diesem Thema das Wort zu ergreifen, weil es einfach alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bewegt, gerade nach den Vorfällen, die jetzt da waren. Weil es unrichtig wäre, Gefahren herunterzuspielen, genau so wie es unrichtig ist, Panik zu verursachen. Ich denke, das will auch niemand, der es ernst meint um die Bürger unseres Landes. Jetzt im nachhinein Schuldige zu suchen, warum es Verzögerungen gegeben hat bei Informationen ist genauso sinnvoll wie im nachhinein einen Schuldigen zu suchen, warum der Wind aus dem Osten gekommen ist usw. Man müßte dabei die Frage stellen, wie kommt denn dieses offenbar zufällige Aneinandertreffen von Verzögerungen bei Informationen vom Bund herunter, von Wien nach Westen, wenn es just um die Aufmärsche beim 1. Mai gegangen ist, wenn just die Alarmierungen erst nach den Maiaufmärschen durchgekommen sind. Es bleibt schon ein fades Gefühl über und ich hätte es nicht angesprochen, wenn nicht Kollege Pimsi vorher gemeint hätte, es hat menschliches Versagen gegeben im Durchzug der Informationen. Es ist schon ein wenig bedauerlich, daß man immer wieder versucht, aus Unglückssituationen, die gegenständlichenfalls katastrophennah waren, politisches Kapital zu schlagen. Ich glaube, daß es viel zweckmäßiger ist nachzudenken, so wie es im Beitrag des Bürgermeisters gekommen ist, was gibt es schon an Maßnahmen, nachzudenken darüber, jawohl es gibt in Steyr einen Krisenplan für den Zivilschutzfall, der ziemlich diffizil ist und der mehrstufig aufgebaut ist. Ich weiß nicht, wieviele Menschen in unserer Stadt diesen Plan tatsächlich

kennen, ich weiß nicht, wie weit der Katastrophenvorsorge so weit Folge geleistet wird, daß der Bürger auch tatsächlich weiß, wer seine Anlaufstelle zur Information ist. Daß der Bürger tatsächlich weiß, wo er Hilfe bekommt, daß der Bürger tatsächlich weiß, wo er Zuflucht nehmen kann, daß der Bürger tatsächlich weiß, wo seine Versorgung gewährleistet wird. Es gibt sehr wohl das Buch Krisenplan, Katastrophenhilfsplan, aber ich bezweifle die Durchsetzbarkeit zum Bürger hin. Es wird also auch in der Zukunft notwendig sein, an diesem Plan weiterzuarbeiten, davon bin ich tief überzeugt. Ich möchte jetzt gar nicht so weit gehen, sofort zu überprüfen, wie weit die einzelnen Maßnahmenträger sich tatsächlich vorbereitet haben auf die Durchführung ihrer Krisenfallaufgaben. Das wäre momentan spektakulär, ich bitte nur von hier aus, diese Überprüfung auch tatsächlich durchzuführen, damit wir uns nicht zufrieden ausrasten auf einem Büchlein Papier, das Maßnahmen umrißartig beschreibt, allein wenn man sich vorstellt die Versorgung unserer Bevölkerung in einem ernstesten Störfall, daß das organisiert werden muß und daß das innerhalb kürzester Zeit machbar sein muß, das allein gibt sicherlich sehr viel Anlaß zum Nachdenken. Daß sehr sehr viel Zusammenarbeit notwendig sein wird, um diese Dinge zu bewältigen, wobei diese Zusammenarbeit durchaus nicht mit einem Schielen nach politischen Effekten verbunden sein darf. Wir müssen alle die Nutzen anwendung ziehen, daß es nicht um Wohl und Wehe von Parteien, sondern um Wohl und Wehe von Menschen, von Frauen, Männern und Kindern, geht und auch um die Zukunft. Ich möchte nicht einer von den Leuten sein, die zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie zwar in einem Schutzraum erster Güte untergebracht sind, aber die Versorgung in diesem Schutzraum nicht mehr möglich ist, weil außerhalb des Schutzraumes ungeschütztes Gebiet sich befindet. Nicht nur die Gefahren der Atomkraft gilt es hier zu bedenken, sondern all das, was an Umweltbelastungen über uns hereinbricht. Das möchte ich ganz ausdrücklich sagen. Ich meine, daß wir hier sehr eng mit allen Organisationen zusammenarbeiten müssen, daß die Erfahrungen, die bestehen, aus dem Bereich der militärischen Landesverteidigung im Sinne der umfassenden Landesverteidigung auch aus allen Zivilschutzträgern her, auch im städtischen Bereich noch mehr koordiniert werden müssen. Ich glaube, daß ein einziger Beamter, wie der arme OAR Gergelyfi da wirklich sehr überfordert ist, wenn er das allein machen muß. Ich glaube, daß es uns als Gemeinderat sehr wohl zukommt, die Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit aufzufordern, auch zum Mitdenken aufzufordern. Und sicherlich auch aufzufordern zur konstruktiven Kritik dann, wenn erkennbar ist, daß dort oder da der eine oder andere Mangel feststellbar ist, wobei Kritik allein schon notwendig ist, aber Verbesserungsvorschläge noch viel wirksamer sind als das bloße Hinstellen von Defiziten. Ich glaube, wir müssen eine große Hoffnung haben, daß der ernstzunehmende Zivilschutzfall in letzter Konsequenz nicht über uns hereintritt. Dieses Wünschen, glaube ich, vereint uns alle. Wie notwendig dieser Wunsch ist, war uns bis vor wenigen Wochen nicht voll bewußt. Zivilschutz hat man vielleicht ein wenig belächelt als den unnötigen Appendix in einem sozial gesicherten System. Mittlerweile wissen wir, daß binnen Blitzesschnelle Einflüsse über uns hereinbrechen können, die wir weit außerhalb unserer Kontrollmöglichkeiten sehen müssen.

Ich bitte wirklich ganz inständig als Bürger dieses Landes, an die Kontrolle der geplanten Zivilschutzmaßnahmen heranzugehen. Nicht etwa, weil ich befürchte, daß morgen eines der benachbarten Atomkraftwerke explodieren kann, aber weil nicht auszuschließen ist, daß dieser Fall tatsächlich eintritt. Darum, glaube ich, müssen wir ernsthaft an die Bewältigung dieser Aufgaben gehen. Ich möchte mich bei Kollegen Pimsi bedanken dafür, daß er das Thema angerissen hat. Politisch sein heißt das Eintreten für die Gemeinschaft, für mich aus meiner Sicht. Das sage ich ausdrücklich auch als Obmann einer Partei, daß es hier für die Gemeinschaft aller Bürger im wesentlichen ankommt und daß die politischen Parteien eines der Instrumente sind, zur Bewältigung dieser Aufgaben. So verstehe ich mich als Politiker und so verstehe

ich auch die Parteien als Diener der Bürger und nicht die Bürger als Diener der Parteien. Das bitte sei mir noch als Selbstbekenntnis als Schlußwort hier zugebilligt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Namens der GAL bitte Kollege Ramoser!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin erstens erschüttert, daß die Frauen, die vor kurzer Zeit hier waren, nicht ernst genommen werden. Wenn mir Kollege Wippersberger am Gang gesagt hat, der Ramoser macht schon wieder ein Theater, so denke ich mir, daß diese Frauen, die mit ihren Kindern hier waren, nicht ernst genommen werden. Die können sich ruhig hier hereinstellen, das ist dem Ramoser sein Theater. So einfach geht es nicht. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, der Ramoser macht ein Theater und alles, was sich in der Grün-Szene bewegt, wird vom Ramoser dirigiert und geleitet und wenn da ein paar Frauen kommen, so können sie nur vom Ramoser geschickt worden sein. Kollege Holub sagt, das war halt ein Unglück. Ja, ein Verkehrsunfall ist auch ein Unglück, da fahren zwei Radfahrer zusammen, das ist auch ein Unglück. Das ist eine eindeutige Verharmlosung, denn dieser Unfall ist eine lebensbedrohende Sache für uns. Da herinnen gibt es scheinbar noch Meinungen, die sagen, das war ja nicht viel. Ich kann nur Kollegen Gergelyfi zitieren, der vor kurzem noch gesagt hat, das wird ja alles übertrieben, die Strahlenbelastung ist ja gar nicht so groß. Wenn in Steyr nicht einmal Meßergebnisse bekanntgegeben werden, wenn in Steyr nicht einmal der Strahlentrupp ausrückt, um Daten einzusammeln, dann sage ich mir, das wird alles etwas unter den Tisch gekehrt. Am 12. 5. habe ich das zweite Mal eine Resolution beantragt bei den Obmännern der Fraktionen, um ein geschlossenes Auftreten des Gemeinderates in Steyr gegen Wackersdorf zu erreichen. Kollege Wippersberger hat zu mir gesagt, Herr Ramoser was wollen Sie denn, das ist ja ohnehin 170 km weit weg. Ich glaube, da wird polemisiert mit dieser Frage. Es wird einfach gesagt, 170 km. Daß Tschernobyl 1000 km weit weg ist und wir die Strahlenbelastung hier verspüren, ich weiß nicht, geht das unter oder informieren sich die Leute nicht? Kollege Pimsi macht es sich sehr leicht, er sagt, unser Umweltschutzreferent Gergelyfi war in Seibersdorf. Ich war auch in Seibersdorf, ich bin auch im Strahlenschutz in Steyr. Ich kann auch Geräte ablesen. Ich danke mir, warum sind solche nicht eingesetzt worden, welche Maßnahmen hat es gegeben, welche Überlegungen hat es gegeben, daß man diese Meßdaten nicht erhoben hat? Am 1. Mai hat man die Leute aufmarschieren lassen und überläßt sie ruhig der Strahlenbelastung, es wird schon nicht so kraß sein. Das sind Vorfälle, die man nicht einfach totschrweigen kann und ich glaube, daß das keine Polemisierung ist von mir. Das sind Fakten. Wenn gesprochen wird von einem Musterplan, der für die Stadt Steyr errichtet worden ist, so denke ich mir, die erste Information an die Bevölkerung, was sie zu tun hat, was sie tun kann, Richtlinien sozusagen, ist am 9. Mai ergangen und am 28. April war der Strahlenunfall. Ich denke mir das sind 14 Tage, 14 Tage haben wir nicht gewußt, was wir machen sollen. Ich verurteile nicht die Stadt Steyr alleine, sondern das geht viel weiter. Auch der Bund hat nichts gewußt. Umweltschutzminister Kreuzer hat eine Entwarnung gegeben und die Stadtgemeinde gibt ein Rundschreiben heraus, was zu tun ist. Da sind schwerwiegende Fehler vorhanden und die muß man zugeben, man muß sagen, ja, wir haben Fehler gemacht. Das kann nicht dann hingetrieben werden, daß man sagt, machen wir halt Zivilschutz. Zivilschutz, Leute, geht in eure Löcher. Mit der Angst kann man die beste Politik machen. Wir bauen euch die kleinen Löcher rundherum, da geht ihr alle hinein und nach 3 Wochen was ist dann? Nichts wird sein nach 3 Wochen, weil das ganze Versorgungssystem zusammenbrechen wird. Die Leute werden

wahnsinnig werden in ihren Löchern, aber wir werden dies alles niederdrücken, wir werden dies dämmen.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Wer macht da jetzt Politik mit der Angst?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich denke mir halt, wenn 50.000 Leute am Ostersonntag in Wackersdorf demonstriert haben gegen diese Wiederaufbereitungsanlage, dann heißt das etwas. Das sind nicht lauter Narren, lauter Radikale, Zerstörer, Vandalen, Verrückte oder weiß ich was. Da sind ganz normale Bürger draußen, die Angst haben, Angst, daß man das Gemüse nicht mehr essen kann, daß die Strahlenbelastung auf uns herunterfällt wie ein Regen und wir haben keine Chance. Wir können uns nirgends verkriechen. Das muß einmal bewußt werden. Wir müssen verhindern, – dazu kann auch die Stadt Steyr einen kleinen Beitrag leisten – daß z. B. die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gebaut wird. Es ist so wesentlich, daß solche Betriebe nicht errichtet werden. Wackersdorf ist ja noch bedeutend gefährlicher wie dieser Unfall in Tschernobyl. Da kommt auf uns eine Strahlenbelastung zu, die ständig und immer da ist und wir können nicht verhindern, wir können nicht abdrehen, gar nichts können wir machen. Vor allem tritt da Blutonium aus und Blutonium hat eine Halbwertszeit von Millionen Jahren. Das bleibt uns bis an das Lebensende. Und wenn da Leute Angst bekommen, richtige hysterische Anfälle und sagen, was soll ich denn tun, ich kann meine Kinder nicht hinauslassen, ich muß meine Kinder einsperren, die verstehen das nicht. Stellen Sie sich vor, Sie haben vier Kinder und können sie drei Wochen nicht hinauslassen zum Spielen, was das bedeutet für eine Familie. Dann wird noch gesagt, laßt die Fenster geschlossen, laßt die Kinder nicht in die Sandkiste, wir räumen die Sandkisten ja ohnehin einmal aus usw. Die Frau kann das Kind nicht kontrollieren, ob das Kind einmal etwas vom Boden aufnimmt oder nicht. Das sind wirkliche Probleme und diese kann man nicht einfach wegstreichen. Was mich von Kollegen Pimsl am meisten getroffen hat, er redet von Gefühlen. Ich denke mir, wenn man wirklich Gefühl zeigen möchte, dann müßten Sie hergehen und sagen, so jetzt reicht es, diese Atomenergie können wir nicht mehr länger vertreten. Vor einigen Jahren bin ich von den Naturfreunden hinausgeflogen, weil Du drinnen warst. Genau Du hast zu mir gesagt, Wackersdorf, Atomenergie, das ist ein Blödsinn, alle die damit etwas zu tun haben, sollen gehen. Das waren die Anfänge, da hast Du schon ausgesondert.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Wackersdorf hat es damals noch nicht geben, aber Du kennst Dich ja wirklich nirgends aus. Du solltest Dich mit dem Thema beschäftigen, das wäre besser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Leute, die dagegen waren, mußten schon gehen. Das setzt sich immer fort. Ich glaube, dann von Gefühlen zu sprechen, das ist eine harte Sache. Man sollte auch gefühlsmäßig reagieren, daß man versuchen soll, auf die Ängste der Leute einzugehen. Wenn Frauen mit Kindern hierherkommen, sollte man diese zumindest ernst nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zunächst möchte ich sagen, daß die Frauen sehr wohl ernst genommen wurden. Es ist nicht so, wie es hier gesagt wird. Es wurden überhaupt sehr viele Äußerungen hier gemacht, die sehr persönlich waren und ich glaube nicht, daß man damit einen guten Beitrag leistet, wenn man es so macht. Wenn man das Verständnis wecken will, muß man es andere machen. Das ist meine Meinung.

Seitens der KP hat sich Kollege Tremml zu diesem Thema gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube das Thema, das Kollege Pimsl als Umweltschutzreferent der Stadt als Vertreter der sozialistischen Partei aufgezeigt hat, ist eigentlich nicht nur in Zusammenhang zu sehen mit dem Problem der Resolutionsübergabe heute von den Frauen und Kindern, die ich voll berechtigt finde. Ich glaube, was bis jetzt schon gesagt wurde, daß die Stadt Steyr eben für bestimmte Umstände einen Katastrophenplan ausgearbeitet hat, hier im Gemeinderat diskutierte, von uns für gut befunden wurde und auch beschlossen wurde. Ich glaube, daß er gut und notwendig ist, aber ich glaube auch, daß man hier von Seiten der Mehrheitsfraktion – Kollege Pimsl war heute der Sprecher – den Zivilschutz in Österreich doch dazu benützt, um die Illusion zu verbreiten vom Überleben. Auch Kollege Ramoser, wenn er manchmal auch so Zwischendinge macht, hat sehr ernst zum Ausdruck gebracht, daß man diese Frage nicht verniedlichen soll.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bereits im 2. Weltkrieg waren die Luftschutzmaßnahmen – damals hat er nicht Zivilschutz geheißen, die Älteren wissen das ja, sondern Luftschutz – völlig unzureichend und allzu oft auch nutzlos. Ich selbst habe als Ennsleitner Bub miterleben müssen, daß es wohl Schutzräume, Stollensysteme gab, die waren ganz gut auch im Ausbau und sie sind ja noch heute vorhanden und werden oft auch heute noch für gut befunden, aber trotzdem für viele Menschen trotz Vorwarnsystem solche Maßnahmen des Luftschutzes oft gar nicht zur Sicherheit gedient haben. Ältere Menschen mußten dort im Tiefkeller in Bauernhäusern, z. B. beim Hubergut, unterkommen. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich vom Stollen zurückkam und dort den führenden sozialistischen Kinderfreundefunktionär Mertl unter dem Birnbaum sah, erschlagen und mit ihm noch ein paar dutzend anderer meiner Bekannten.

Meine lieben Damen und Herren und Kollegen, seither sind 40 Jahre vergangen und die technologische Entwicklung auch der konventionellen Waffen ist, wie Sie selbst wissen, nicht stehen geblieben. Selbst bei einem sogenannten nur konventionellen Krieg wären die heutigen Luftschutzmaßnahmen weitgehend sinnlos. Noch schlimmer aber wird es, wenn man das Konzept für den Fall eines atomaren Krieges durchdenkt und genau das ist ja im Sinne auch bestimmter Erfinder, denn Zivilschutz ist nichts anderes oder wird von manchen zumindest verwendet als Gehirnwäsche, die einen Atomkrieg für führbar erscheinen lassen. Das ist das gefährliche. Eine einzige bodennahe Atomexplosion von 10 Megatonnen, eines eher kleinen Sprengsatzes, würde bereits bewirken, daß in 200 km Entfernung von der Explosion trotz Schutzräume mindestens 50 Prozent der Bewohner sterben. Dabei, meine Damen und Herren, sind ja die beschädigten Atomkraftwerke, die es in einer sehr großen Zahl gibt in Ost und West, die atmosphärischen Störungen etc., dabei noch gar nicht einbezogen. Daher vor den Folgen durch die Explosion eines nuklearen Sprengkörpers gibt es meiner Meinung nach keinen Schutz, da kann der Zivilschutz noch so gut organisiert sein. Auch das Aufsuchen der propagierten Bunker, Schutzräume und Stollen, wie vom Zivilschutz empfohlen wird, ist eine trügerische und zynische Illusion. Die Umwelt und die Bevölkerung kann man nur vorbeugend dadurch schützen, daß man mitwirkt in Ost und West, daß es zu einer Abrüstung kommt und schon die bestehenden Atom- und Wasserstoffbomben und Raketen beseitigt werden. Hier glaube ich, ist es eine wesentliche Aufgabe auch eines Kommunalpolitikers, mitzuwirken, auch bei künftigen Demonstrationen sich zu beteiligen. Ich bin seit Jahren fast bei allen Demonstrationen und Kundgebungen, die der Friedenserhaltung der Welt dienen, anwesend. Leider muß ich sagen, führende Politiker von Bund und Land aber auch von den Gemeinden fehlen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag. Nächster ist Kollege Eichhübl namens der freiheitlichen Partei.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn man sich die Diskussionsbeiträge angehört hat, müßte der Eindruck entstehen, man braucht sich eigentlich gar nicht mehr zu Wort zu melden, es ist sowieso alles in Ordnung, es gibt nur mehr Gegner der Atomenergie. Dem ist aber nicht so, daher erlauben Sie auch mir, daß ich, so wie meine Vorredner, vorerst einmal grundsätzlich einiges zu diesem angerissenen Thema sage.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich sehr bedauerlich, daß erst ein Unfall, eine Katastrophe, von deren Ausmaß und Spätwirkungen wir noch gar keine Ahnung haben, weil wir sie nicht kennen, Anlaß für sehr viele Befürworter der friedlichen Nutzung der Atomenergie, wie es so schön heißt, war, umzudenken, sich von dieser Form der Energiegewinnung abzuwenden und vor allen Dingen, daß sehr viele erkennen haben müssen, daß es nicht so ist, daß diese Energiegewinnung so ungefährlich ist, wie uns das auch hier in Österreich seit Jahren sehr viele Wirtschaftslogisten, sehr viele Techniker und sehr viele einseitig vorbelastete Wissenschaftler immer wieder erklärt haben oder zu erklären versuchen. Ich anerkenne aber der Meinungsumschwung sehr kompetenter Persönlichkeiten, ich anerkenne den Meinungsumschwung auf breiter Basis, obwohl, meine Damen und Herren, gerade wir von der freiheitlichen Partei immer wieder sehr stark angefeindet wurden wegen unserer differenzierten Haltung zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Wir wurden als wirtschaftsfeindlich hingestellt, als rückständig hingestellt und auch, das möchte ich hier nicht verschweigen, sehr oft unter Druck gesetzt. Wir haben aber diese Meinung beibehalten, ich erinnere nur an die vor gar nicht allzu langer Zeit abgehaltene Abstimmung im Parlament über die Aufhebung des Atomsperrgesetzes.

Meine Damen und Herren, nun aber zu den Konsequenzen dieses bedauerlichen Reaktorunglücks in der UdSSR. Es wird zweifellos notwendig sein, alle demokratischen Möglichkeiten und Maßnahmen auszuschöpfen, um einen weiteren Ausbau der Atomenergie nicht nur im Nahbereich von Österreich, sondern auch in Europa und sogar weltweit zu fordern. Ich bin froh daß es bereits einige Aussagen in dieser Richtung gibt. Ich erinnere nur an die Aussagen der beiden Präsidentschaftskandidaten und hoffe, daß das nicht nur ein Lippenbekenntnis war. Aber es wird nicht so gehen, meine Damen und Herren, wie uns das in Wackersdorf vorgeführt wird, wie wir das verfolgen konnten, daß hier einige Hunderte versuchen, mit Brachialgewalt etwas zu ändern. So wird es nicht gehen und da hätte ich gerade von Kollegen Ramoser erwartet, nachdem diese Demonstranten ja offensichtlich aus dem Grünbereich kommen, daß er sich etwas mehr distanziert hätte.

Meine Damen und Herren, es wird also notwendig sein, da schließe ich mich der Meinung des Kollegen Pimsl voll an, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung vor der bestehenden Gefahr zu schützen, denn machen wir uns bitte nichts vor, es ist bei weitem jener Punkt überschritten worden, wo es noch ein Zurück gibt. Es gibt kein Zurück, nicht nur im Nahbereich, nicht nur in Europa, sondern weltweit gibt es Atomkraftwerke, gibt es Reaktoren, gibt es eine Bedrohung durch Waffen nuklearer oder atomarer Art und das ist nicht wegzuleugnen. Man kann das nicht einfach in ein Kästchen stellen, es versperren und dann ist die Welt wieder in Ordnung. So wird es nicht sein. Daher wird es notwendig sein, den Zivilschutzgedanken auf breiter Basis in die Bevölkerung hineinzutragen und vor allen Dingen auch den Zivilschutzverband aus dem Schattendasein, das er bis jetzt geführt hat, hervorzuheben und darauf hinzuweisen, wie notwendig und wichtig er ist. Bis jetzt, das muß man ehrlicherweise sagen, hat der Zivilschutzverband etwa den Status

eines ungeliebten Kindes in Österreich. Es wird also auch notwendig sein, diesen Zivilschutzverband mehr zu fördern, als dies bisher geschehen ist. Ich darf auch hier auf den kommunalen Bereich zu sprechen kommen. Wir haben Gott sei Dank in Steyr Möglichkeiten, die Bevölkerung zu schützen und ein bestehendes Stollenssystem gehört ausgebaut mit allen dazu notwendigen Einrichtungen. Ich denke beispielsweise an die sanitären Anlagen. Es wird aber auch notwendig sein, ein Bevorratungssystem zu schaffen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Verschiedene Zwischenrufe.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Otto, ich habe Deinen Beitrag ernst genommen. Es tut mir leid, daß Du solche Meinungen vertrittst, ich habe Deinen Beitrag ernst genommen. Ich darf weiter fortfahren. Es wird notwendig sein, ein entsprechendes Bevorratungssystem zu schaffen und vor allen Dingen die Bevölkerung mit einzubeziehen in entsprechende Maßnahmen, damit sie informiert ist und weiß, was tatsächlich im Ernstfall zu geschehen hat.

Meine Damen und Herren, das, was in Tschernobyl passiert ist, war ein Fingerzeig dessen, was alles auf uns zukommt. Ich wünsche es mir wirklich nicht und ich wünsche es mir im Interesse der Bevölkerung der ganzen Erde nicht. Da nützen auch nicht beschwichtigende Aussagen eines zuständigen Ministers, wenn er auf Befragung meint, daß nach diesem Atomunglück sein Leben eigentlich so halbwegs normal verlaufen wäre, er hat nur seinen Hund etwas weniger gestreichelt. Daher volle Unterstützung für das, was Kollege Pimsl hier aufgezeigt hat, vor allen Dingen auch, was die Vorwarnung betrifft. Ich würde auch selbstverständlich eine Resolution des gesamten Gemeinderates unterstützen bzw. unterschreiben gegen die Errichtung von Wackersdorf und allen anderen Betrieben oder Anlagen, die in eine ähnliche Richtung gehen.
Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Zu Wort gemeldet hat sich als Referent nochmals Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe bewußt dieses Thema heute zum Mittelpunkt, wie es sich nun zeigt, der Aktuellen Stunde gestellt. Aber nicht um hier einen parteipolitischen Vorteil zu gewinnen oder politisch zu demonstrieren oder zu polemisieren. Uns allen ist dieses Thema tatsächlich zu ernst, um mit diesen billigen Mitteln dafür zu reden oder dagegen zu handeln. Wir sollten uns über eines im klaren sein, daß wir einerseits, wie es mehrfach zum Ausdruck gekommen ist, unseren Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, daß es sehr wohl im Anlaßfall Möglichkeiten gibt, sich zu schützen, auch zu helfen, daß aber unsere ganze Kraft dafür aufgewendet werden muß, daß sich solche Fälle wiederholen. Wenn man aber hier den Anspruch auf sich nimmt, als erster dagegen gewesen zu sein, so will ich gar nicht darauf eingehen, sondern nur mit dem sachlichen Teil solcher Beiträge mich auseinandersetzen, weil ich glaube, daß mit einer Indianerromantik alleine Probleme nicht gelöst werden. Wenn wir uns gegen bestimmte Energien, gegen bestimmte Ereignisse, die uns passieren können, aussprechen, dann müssen wir auch Alternativen dafür letztlich suchen. Nur zu polemisieren, daß etwas schlecht ist, ist sicher keine Lösung und eines verantwortungsbewußten Mandatars unwürdig. Ich habe auch deswegen versucht, dieses Thema in diesem Kreis anzuschneiden, weil ich mir sicher war, daß in die-

sem Forum trotz aller politischen Meinungsvielfalten, die hier herrschen zu diesem Thema, es keine parteipolitischen Gründe gibt, dazu etwas zu sagen oder etwas vorzubringen. Wir sollten uns nicht scheuen, aus Fehlern Polemiken zu machen oder politischen Vorteil zu schlagen, sondern aus Fehlern zu lernen, damit sie uns zukünftig nicht mehr passieren. Ich halte es aber für eine schon sehr weitgehende Aussage, wenn hier behauptet wird von Herrn Ramoser, daß in Steyr keine Messungen vorgenommen wurden. Solche sind nicht einmal sondern mehrmals gemacht worden und es ist eine Unverfrorenheit wenn man behauptet, daß auch nur irgend eine Person Menschen deswegen auf die Straße schickt, weil es gleichgültig ist, was passiert.

Meine Damen und Herren, bei Strahlen- und anderen Katastrophenfällen wird nicht gefragt werden, ob ein guter Schwarzer oder ein schlechter Roter oder ein noch besserer Grüner betroffen ist, sondern es wird Menschen treffen, gleich welcher Gesinnung. Es wird vor allem Unschuldige treffen. Ich halte es für sehr bedenklich, wenn man hier behauptet, daß Frauen, die heute gekommen sind, nicht ernst genommen wurden, obwohl der Bürgermeister den Damen eingeräumt hat, ihr Anliegen vorzutragen. Aber es stellt für mich, meine Damen möchte ich hier vor allem sagen, soweit sie vorhanden sind, eine sehr bedenkliche Vorgangsweise dar, wenn Kinder für diese Zwecke mißbraucht werden, die unschuldig sind dabei. Hier sind Kinder gewesen, Kleinkinder, die, glaube ich, eher verängstigt gewirkt haben und eher das Gefühl mitbekommen haben, soweit sie das schon begreifen, für etwas vorgeschoben worden zu sein, was sicherlich auch sie einmal sehr stark angeht. Erwachsene, mündige Menschen, haben dazu andere mißbraucht – nicht sehr verantwortungsbewußt meiner Meinung nach.

Ich bitte aber nochmals, das Thema des Strahlenschutzes, der Kernenergie, ob für friedliche oder kriegereische Zwecke, müssen wir gemeinsam neu überdenken ..

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Machen wir doch eine Resolution!

STADTRAT RUDOLF PISML:

Sei bitte ruhig, Du redest so viel Blödsinn!

Ich muß eines sagen, wir sollten gemeinsam versuchen, wirksame Maßnahmen zu setzen, gemeinsame Lösungen zu suchen über Parteigrenzen hinweg, und nicht versuchen, unbeirrbar bei seinem Standpunkt zu bleiben, wenn es sich als der Sache dienlich nicht als nützlich und sinnvoll erweist. Das ist meine Bitte und mein Ersuchen an Sie alle, meine Damen und Herren, daß wir uns nicht in dieser Frage in einer Weise begegnen, die eine Lösung unmöglich macht, sondern wir sollten alle unsere positiven Kräfte dafür aufwenden, um zu Lösungen zu kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag zu diesem Thema als Referent für Umweltschutz.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es sind noch ganz wenige Minuten bis zur abgelaufenen Stunde. Ich bin mit Kollegen Holub übereingekommen, daß wir aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas die heutige Sitzung mit diesem Thema abschließen. Es waren alle Parteisprecher ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Bitte zur Geschäftsordnung:

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, so geht es nicht, daß sich die beiden Bürgermeister absprechen und die Aktuelle Stunde einfach beendet wird. Wir haben ausdrücklich bei der Abfassung unseres Statutes, da waren sowohl Bürgermeister Schwarz wie auch Bürgermeister Weiss anwesend, und das steht auch im Statut, daß die Redezeit vom Vorsitzenden so gelenkt werden muß, daß alle Fraktionen im Gemeinderat zu Wort kommen. Ich bin auf keinen Fall mit dieser Vorgangsweise einverstanden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es war fast jede Wortmeldung, egal von welcher Partei, länger als 5 Minuten. Ich habe das als Vorsitzender toleriert, weil mir dieses Thema so wichtig erschienen ist, daß man darüber auch den Einzelnen ausreden lassen sollte. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, daß wir jeden Redner nach 5 Minuten Redezeit, wie es im Statut vorgesehen ist, unterbrechen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Man kann ja die Aktuelle Stunde verlängern!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Vorgesehen ist eine Stunde und meine Vorstellung ist die, daß - es hätten ja alle Parteien einen Beitrag gehabt - das nächste Mal in der Aktuellen Stunde nicht mit der sozialistischen Partei, sondern mit der österr. Volkspartei, nachdem diese heute nicht darangekommen ist, beginnen. Die Stunde ist an sich um. Ich bin dafür, daß wir uns an das Gemeindestatut halten, das ist meine Meinung dazu. Wir sollten die Möglichkeiten, die wir haben, ausschöpfen, aber nicht darüberhinaus ausdehnen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Herr Bürgermeister, das ist gegen das Statut, Du kannst nicht bestimmen, daß die nächste Stunde mit der ÖVP beginnt, wo es doch ausdrücklich heißt, daß mit der stärksten Partei begonnen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich sagen, das ist eine geschäftsordnungsmäßige Sache
Kollege Holub zur Geschäftsordnung.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich beantrage die Unterbrechung der Sitzung und die Zusammenkunft der Fraktionsobmänner, weil sonst diskutieren wir kreuz und quer durcheinander. Ich glaube, das sollten die Fraktionsobmänner untereinander entscheiden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber, meine Damen und Herren,
Bitte, Kollege Eichhübl!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Auch ich möchte zur Geschäftsordnung etwas sagen. Ich möchte völlig emotionsfrei feststellen, daß keine Absprachen darüber gemacht wurden, die Aktuelle Stunde bei einem Thema zu belassen. Es war vorauszusehen, daß gerade dieses Thema mehr Zeit in Anspruch nimmt und ich bin daher dafür, daß diese Sache so durchgeführt, wie Kollege Holub angeregt hat. Vorwegnehmen möchte ich, daß ich glaube, daß es notwendig ist und auch möglich sein müßte, die heutige Aktuelle Stunde

zu verlängern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich den Vorschlag des Kollegen Holub aufgreifen und eine kurze Besprechung in meinem Büro mit den Fraktionsobmännern durchführen.

Unterbrechung der Sitzung von 16.45 – 17 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, obwohl die Aktuelle Stunde bereits abgelaufen ist, sind die Fraktionsobmänner übereingekommen, daß doch jeder Partei die Möglichkeit gegeben werden soll, ihr aktuelles Thema heute vorzubringen. Allerdings ist man auch zur Überzeugung gekommen, daß die Redezeit genau einzuhalten ist, daß also die fünf Minuten nicht überschritten werden. Von mir als Vorsitzender wird das jetzt genau eingehalten werden. Die Überschreitung ist nur deswegen zustande gekommen, weil aufgrund des umfassenden Themas jeder Redner verhältnismäßig lange gesprochen hat und von mir nicht rechtzeitig unterbrochen wurde. Das wird jetzt nicht mehr der Fall sein. Darf ich jetzt die Österr. Volkspartei um ihren Beitrag bitten.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die Öffentlichkeit ist in der letzten Zeit durch einige Sachen sehr schwer beeindruckt worden, so daß einige Themen natürlicherweise etwas im Hintergrund geblieben sind. Eines dieser Themen möchte ich hier anziehen, wohl wissend um die Tatsache, daß es Gespräche zu diesem Thema bereits gibt. Überschrift: Schwimmschule! Viele unserer Mitbürger haben die tiefe Sorge, daß das sehr gerne angenommene Bad in Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht, weil dem Bäderhygienegesetz bzw. den Bestimmungen desselben beim Betrieb der Schwimmschule der Steyr-Daimler-Puch AG zur Zeit nicht Folge getragen wird, so daß ein Betrieb derzeit nicht möglich ist. Investitionen im größeren Ausmaß sind erforderlich, soviel in der Fraktionsobmännerung gesagt wurde, beträgt das Finanzierungsvolumen, um den Betrieb sicherzustellen oder wieder zu ermöglichen, etwa 300.000 Schilling. Manche unserer Mitbürger werden vielleicht sagen, das Stadtbad allein genügt, viele unserer Mitbürger aber sagen, an 300.000 Schilling sollte es eigentlich nicht scheitern. Es sollte der großen Steyr-Daimler-Puch AG auf diese 300.000 im Sinne ihrer Mitarbeiter nicht ankommen und es sollte auch andererseits der Stadt Steyr in der Erfüllung zur Betreuung ihrer Bürger auch nicht auf eine Bezuschussung dieser Investitionen in der Schwimmschule ankommen. Was meine Partei dazu als Fraktion im Gemeinderat zu sagen hat, wäre kurz gefaßt folgendes: Wir fordern den Herrn Bürgermeister auf, seine Gespräche, die er ja schon betreibt, das wissen wir, zielgerichtet mit der Absicht so weiterzuführen, daß der Betrieb der Schwimmschule ehest wieder aufgenommen werden kann und dabei auch in den Verhandlungen zur Kenntnis zu nehmen, daß eine Bezuschussung durch die Stadt mit großer Wahrscheinlichkeit erforderlich ist. Wir unterstreichen das mit dem Zusatz, daß die Subventionierung der Absiedlung der Schrebergärten im Wehrgraben annähernd gleich viel Geld kostet und das öffentliche Interesse sicherlich eher den Betrieb der Schwimmschule betonen muß als die Einrichtung von zwei Tennisplätzen. Ich bitte, diesen Gedanken mit in die Überlegungen zu beziehen. Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, die Verhandlungen mit der Steyr-Puch AG im Sinne dieses Zieles ehest abzuschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der sozialistischen Fraktion hat sich Kollege Wippersberger gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Am 25. April dieses Jahres wurde bei mir im Büro über Auftrag des Bürgermeisters ein Gespräch mit den beiden Werksdirektoren der Steyr-Werke, Herrn Direktor Dr. Dichtl und Zeilinger, geführt in Sachen Schwimmschule. Wir haben sie gebeten zu einer Aussprache und wir haben bei dieser Aussprache, an der auch der Herr Magistratsdirektor anwesend war, ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Stadt größten Wert darauf legt, daß die Schwimmschule für unsere Bevölkerung erhalten bleibt. Ich habe auch deutlich erklärt, unter Werndl geschaffen, in der 1. Republik, in der Zeit der allergrößten Not, als die große Weltwirtschaftskrise war und in den Steyr-Werken nur mehr 800 Leute beschäftigt waren, daß es sogar damals den Steyr-Werken möglich war, diese Schwimmschule zu erhalten und jetzt erscheint es als nicht mehr möglich. Wir haben ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, die Stadt hat den Wunsch und legt größten Wert darauf, daß die Schwimmschule erhalten bleibt. Wir haben vor wenigen Tagen ein diesbezügliches Schreiben wieder an die Steyr-Werke geschickt, wo wiederum auf diese Sache aufmerksam gemacht wurde und wieder verlangt worden ist, daß die Schwimmschule geöffnet werden soll. Soweit mir bekannt ist, haben sich auch schon Telefonate diesbezüglich ergeben. Unser Bürgermeister hat kürzlich ein Gespräch mit Herrn Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger geführt und ich glaube, dazu wird unser Bürgermeister dann noch Näheres sagen. Jedenfalls sind die Verhandlungen von unserer Seite sicherlich nicht abgebrochen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Seitens der GAL Herr Gemeinderat Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte Herrn Bürgermeister bitten, alles nur mögliche zu tun, damit dieses Schwimmbad wieder geöffnet wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der KPÖ Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Obwohl es die Witterung zuließe, sind die Tore des Werksbades der Steyr-Werke, die Schwimmschule im Wehrgraben, wie Sie wissen, gesperrt. Die Schwimmschule ist eine ausgesprochene Sommer-Freizeitanlage für die Steyrer Werksangehörigen und natürlich auch für die Familienmitglieder, aber auch für viele Steyrerinnen und Steyrer. Es ist auch in Steyr bekannt, daß die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nach dem Bäderhygienegesetz sich auf rund 300.000 Schilling belaufen würden, wie dies Herr Vizebürgermeister Holub bereits erwähnt hat. Bis heute wurden seitens der führenden sozialistischen Werksdirektoren keine Maßnahmen gesetzt, damit das Werksbad wieder benützt werden kann. Die Unternehmerstrategie ist, neben den bekannten Rationalisierungsmaßnahmen und der vor kurzem erfolgten 200 Kündigungen auch bei den Sozialeinrichtungen einzusparen. Dies erfolgte ja bereits durch die Schließung der Steyr-Werksbücherei. Gleichzeitig wurde sie der Stadtgemeinde übertragen und damit entstehen höhere Kosten. Dabei, meine Damen und Herren des Gemeinderates, stellt sich die Frage der Haltung der großen SP-Fraktion im Betrieb, wir haben ja eine Reihe Vertreter hier. Es wäre nämlich nach meiner Auffassung die Aufgabe der Betriebsratsmehrheit, die Schließung des Werksbades zu verhindern und es ist ihre Pflicht, einen Kampf für die Erhaltung und Sanierung dieser sozialen Einrichtung zu führen. Als

Sprecher der KPÖ-Fraktion verlange ich die sofortige Öffnung zumindestens der Liegewiese der Schwimmschule und den sofortigen Beginn der Sanierungsarbeiten der Badeanlage.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die morgen stattfindende Ehrung langjähriger Mitarbeiter, Kolleginnen und Kollegen des Steyr-Werkes, bei der neben Bürgermeister Schwarz auch die Herren Direktoren Streicher und Feichtinger anwesend sein werden, wäre meiner Meinung nach eine ausgezeichnete Gelegenheit, diese soziale Forderung durch die Zentralbetriebsräte meines Freundes, Kollegen Stadtrat und Betriebsratsobmann Pimsi, und auch durch Gemeinderat Betriebsratsobmann-Stellvertreter Tatzreiter den Herren der Direktion dies auch dementsprechend zu präsentieren. Wobei ich sicher bin, daß unser Bürgermeister Schwarz in seinen Grußworten diese Unterstützung unseren Kollegen Betriebsräten geben wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Kollege Eichhübl ist namens der freiheitlichen Partei der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertest Präsidium! Auch ich bin sehr enttäuscht darüber, daß es an S 300.000 Sanierungskosten scheitert, dieses Bad wieder in Betrieb zu nehmen, das über Jahrzehnte der Bevölkerung von Steyr zur Verfügung gestanden ist. Ich glaube daher auch, daß sich die Stadt an den Sanierungen entsprechend beteiligen sollte, weil dieses Bad, dieser Betrieb nicht nur Steyrer Werksangehörigen zur Verfügung gestellt wurde. Eine Gesamtübernahme durch die Stadt, von der war auch die Rede, könnte natürlich nicht so ohne weiteres mit einem Ja zu beantworten sein, denn das würde für die Stadt eine gewaltige finanzielle Belastung bedeuten. Ich denke nur an den jährlichen Abgang im stadteigenen Betrieb. Daher wäre das wirklich eher mit einem Nein zu beantworten. Ich appelliere auch an alle Verantwortlichen der Steyr-Werke, sich der Bedeutung, vor allen Dingen der traditionellen Bedeutung, dieses Bades bewußt zu sein und diesen Betrieb wieder zu öffnen und dieses Bad wiederum der gesamten Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Ich darf als Bürgermeister dazu kurz Stellung nehmen.

Es liegt selbstverständlich nicht nur im Interesse des Werkes, sondern auch im Interesse der Stadt, dieses Bad wieder zu eröffnen. Ich werde meinen Einfluß dahingehend geltend machen und dazu werde ich sicher morgen Gelegenheit haben, nicht nur offiziell, sondern auch im persönlichen Gespräch, mit den zuständigen Herren zu sprechen. Ich danke für die Beiträge und es kann natürlich möglich sein, daß auch die Stadt Steyr hier einen bescheidenen Beitrag leistet, damit auch der Wille der Stadt in dieser Richtung entsprechend dokumentiert ist. Damit ist der ÖVP-Beitrag erledigt. Ich bitte nun die GAL um ihren Beitrag.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL möchte sich noch einmal mit Wackersdorf beschäftigen und möchte einen kurzen Einblick geben, was in Wackersdorf passiert – das ist in unserer Zeitung gestanden. Im Wackersdorf, einem bayrischen Ort, 130 km von der österreichischen Grenze entfernt, soll die wahrscheinlich gefährlichste Industrieanlage aller Zeiten entstehen. Es ist dies eine atomare Wiederaufbereitungsanlage. Die Funktion dieser Wiederaufbereitungsanlage: Der Atom Müll aus den deutschen Atomkraftwerken

wird zuerst in den Eingangslagern deponiert. Bis 1990 sollen 1700 Tonnen dort lagern. 1990 ist Betriebsbeginn voraussichtlich. Als erstes wird der Müll durch hochkomplizierte, sehr energieaufwändige chemische Vorgänge in seine Bestandteile zerlegt. Dabei werden Uran und Plutonium abgetrennt, übrig bleibt eine radioaktive Lösung, die im nächsten Schritt mit Glaspulver zusammengeschmolzen wird. Diese Lösung ist ein Teil des legendären Atom Mülls, der auf tausende Jahre hinaus sicher gelagert werden muß. Es gibt aber in Deutschland kein Endlager, welches den strengen Sicherheitsbestimmungen entspricht. 5,7 Tonnen Plutonium entstehen jedes Jahr bei der Wiederaufbereitung. Dieser Stoff erlangte seine traurige Berühmtheit beim Atomabwurf über Hiroshima. Plutonium ist einer der gefährlichsten Stoffe der Menschheit. 2 kg fein über die Erde verteilt genügen, um alles Leben auf diesem Planeten auszulöschen. Weiters gewinnt man in dieser Anlage pro Jahr 460 Tonnen Uran. Dieses Element muß genau so wie Plutonium über Jahrtausende hinaus sicher gelagert werden. Die Brennstäbe aus dem wiederaufbereiteten Uran sind um ein Vielfaches teurer als die aus Natururan. Der Betrieb dieser Anlage, die deutsche Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernstoffen, bezweifelt selbst die Absatzmöglichkeiten dieser Brennstäbe. In dieser WAA wird mit großen Mengen radioaktivem Stoff gearbeitet, es ist ein Hohn, von 99 %iger Filterung zu sprechen, weil dies viel zu teuer käme und die Technik viel zu unausgereift ist. Wissenschaftler, unter anderem Wilhelm Böck von der Niagara-Universität befürchteten tiefgreifende Auswirkungen auf das globale Klima durch Veränderungen der Luftelektrizität. 21 Stunden ohne Strom führt zum Sieben der radioaktiven Lösung, wodurch die Zwischenwände des Tanks zerstört werden und es zum Austritt kommt. Diese hochgiftige Flüssigkeit in der freien Atmosphäre verursacht eine Katastrophe wie Tschernobyl. Die Folgen wären allein in der BRD 30 Millionen Tote und eine radioaktive Wolke, die sich über Mitteleuropa ausbreitet und es unbewohnbar machen würde. Aus diesem Grund, aufgrund dieser Gefährlichkeit hat die Grüne Alternative Liste Steyr eine Resolutionsnote verfaßt. Diese möchte ich jetzt vorlesen.

Der Gemeinderat von Steyr möge eine Protestnote gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage WAA in Wackersdorf, BRD, an zuständige Politiker des In- und Auslandes, die dabei Entscheidungen und Mitverantwortung tragen, richten. Begründung: Die zeitliche Dringlichkeit ergibt sich daraus, die Rodungsarbeiten haben in den letzten Tagen ihren Abschluß erreicht. Die bisherigen Proteste auch namhafter Wissenschaftler und Interessensgruppen bleiben ohne Wirkung. Die Dringlichkeit eines Protestes ergibt sich für uns Steyrer unter anderem daraus: Die Wiederaufbereitungsanlage setzt bei Normalbetrieb 100 mal soviel Radioaktivität frei wie ein Atomkraftwerk. Die erschreckenden Vorkommnisse rund um die WAA Windscale, Großbritannien, sollen uns warnen. Steyr liegt in der Hauptwindrichtung von Wackersdorf und hat daher auch bei normalem Betrieb der WAA mit erhöhter Strahlenbelastung zu rechnen. Experten rechnen bei einem längeren Stromausfall im Falle einer unvorhersehbaren Katastrophe mit einer radioaktiven Wolke über ganz Mitteleuropa. Schon bei der Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf, etwa gleiche Entfernung von Steyr zu Wackersdorf, hat eine eindeutige Mehrheit der Steyrer Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme dieses Atomkraftwerkes gestimmt. Sie ist sich also sehr wohl der Gefahren der radioaktiven Belastung bewußt. Aus den angeführten Gründen ersucht die Grün-Alternative Liste Steyr den Bürgermeister und die Gemeinderäte, einen Dringlichkeitsantrag für die nächste Gemeinderatsitzung vorzubereiten. Zusätzlich wäre noch zu sagen, daß in den grenznahen Atomkraftwerken in der CSSR das Gleiche oder Ähnliches passiert und auch hier wäre Protest einzulegen, daß man wieder zu Gesprächen kommt, daß diese Kraftwerke zum Teil stillgelegt oder zumindest mit besseren Sicherheitsvorkehrungen ausgerüstet werden.

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Wippersberger namens der sozialistischen Partei.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Herr Gemeinderat Ramoser hat in seinem Beitrag mich vorher persönlich zitiert. Ich glaube, Du hast die Antwort von Kollegen Pimsi schon erhalten. Ich halte es nicht für gut, in diesem ehrwürdigen Saal, wo über so viele ernste Dinge gesprochen wird, kleine Kinder hier hereinzubringen. Ich glaube, dieses Thema ist zu ernst, um polemisch und parteipolitisch tätig zu sein in dieser so ernsten Stunde. Unser Stadtoberhaupt, Bürgermeister Heinrich Schwarz, hat unter Mitteilungen des Bürgermeisters einen Brief verlesen, den er als Stadtoberhaupt der Stadt Steyr an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck und an den Bundeskanzler der Republik Österreich in dieser Sache gerichtet hat und wo er appelliert, alles zu unternehmen, damit die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf verhindert wird. Eine Resolution an das Ausland, an den bayrischen Ministerpräsidenten, das übersteigt sicher bei weitem die Kompetenzen unseres Gemeinderates. Ich bin nicht gegen diese Resolution, aber ich persönlich halte nichts davon. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn die eigene Bevölkerung in Bayern es nicht zustande bringt, Einhalt zu gebieten, wenn es dem Herrn Landeshauptmann von Salzburg und unserem Parteifreund Haslauer nicht gelingt, Strauß umzustimmen, und wenn es unserer öö. Landesregierung mit Dr. Ratzenböck an der Spitze und der Bundesregierung nicht gelingt, glauben Sie wirklich, daß der Gemeinderat von Steyr Herrn Strauß und die verantwortlichen Leute umstimmen wird? Ich glaube es nicht. Wie gesagt ich bin nicht prinzipiell gegen die Resolution, nur ich persönlich halte davon nichts. Dieses Schreiben von Bürgermeister Schwarz an den Bundeskanzler, dieses Schreiben an den Landeshauptmann, wo ausdrücklich festgehalten wird, alles zu unternehmen, um Wackersdorf zu verhindern, das ist bestimmt der richtige Weg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der ÖVP Kollege Holub.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wir haben ganz einfach auch Spielregeln einzuhalten. Die Spielregeln sind normiert in Statut und Geschäftsordnung, da ist auch die Rede von Antragseinbringung und Antragsabwicklung. Das ist eines der sachlichen Probleme. Sie werden mir sagen, ein sachliches Problem gibt es nicht, wenn es um ein so umfassendes emotionales Problem geht. Daher wiederhole ich auch die Einladung, die wir auch vorhin in der Fraktionsobmännersitzung gemacht haben und ich glaube, daß das ein sehr gangbarer Weg wäre, weil wir dazu keinen Gremialbeschuß brauchen, für den wir sachlich nicht zuständig sind. Das habe ich unter donnerndem Applaus auch im Casino gesagt. Der Ausweg dazu lautet, daß die Fraktionsobmänner der Gemeinderatsfraktionen den gleichlautenden Brief, wie ihn der Herr Bürgermeister an die Landes- und Bundesregierung gerichtet hat, unterfertigen und damit die gemeinsame Willensbildung aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien dokumentiert ist. Dann haben wir die Geschäftsordnungsklippen weg, dann haben wir die Statutenklippen weg und es ist das alles erfüllt, was uns als Menschen bewegt. Die Resolution, noch einmal bitte, eine Petition ist etwas anderes als eine Resolution. Wenn wir uns um das Wort Resolution oder Petition oder Brief um Unterstützung des Anliegens streiten müssen, dann weiß ich nicht mehr, ob wir das so ernsthaft meinen oder ob wir nur recht haben wollen. Ich bin dafür, den Vorschlag habe ich gemacht, daß die

Fraktionsobmänner bei einer von Herrn Bürgermeister einzuberufenden Fraktionsobmännersitzung übereinkommen, dieses Schreiben an die Landes- und Bundesregierung abzufassen. Das ist mein Ausweg, weil ich glaube, daß die Sache viel zu ernsthaft ist, daß wir uns über eine Resolution auseinandersetzen müssen, zu der wir meiner Meinung nach nicht ganz kompetent sind und was mir viel zu ernst ist, als daß ich mir die Frage stellen lassen muß, wären Sie jetzt dafür oder dagegen. Weil ich die Spielregeln ganz genau kenne, daß dann morgen draußen wieder ein Pamphlet erscheint, worin es heißt, der Holub war gegen die Resolution, weil der Holub für Wackersdorf ist. Genau so wie der Holub seine Frau vielleicht mit dem Auto vor dem Rathaus stehen läßt, wie ich mit Interesse in Ihrer Flugschrift gelesen habe. Weisen Sie mir das nach, daß das der Fall war oder beweisen Sie mir, daß Sie unrecht gehabt haben oder entschuldigen Sie sich irgendwann einmal für die Äußerungen, die Sie in Pamphleten von sich geben. Erst dann können wir uns wieder ernsthaft auseinandersetzen

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für den Beitrag. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als Sprecher der kommunistischen Partei hier im Gemeinderat begrüße ich die Initiative unseres Bürgermeisters Schwarz, wie er bereits bei seinen Mitteilungen eingangs der Sitzung erklärte, daß er Schreiben verfaßt hat an die Landes- und Bundesregierung, konkret an Landeshauptmann Ratzenböck sowie an die Bundesregierung, Bundeskanzler Sinowatz, in denen unmißverständlich für mich zumindestens zum Ausdruck kommt, diese geplante Atomaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern. Vom österreichischen Standpunkt aus. Ich begrüße aber auch gleichzeitig diese Form, die heute gewählt wurde, von Frauen – auch wenn Kinder mitgenommen wurden, die kann man halt nicht irgendwo ablegen, Kinder brauchen Betreuung – und ich stehe voll hinter der Aussage der Frau Maria Lindinger, die sie hier vor dem Gemeinderat gemacht hat, die ja im wesentlichen in die gleiche Richtung geht, wie im Schreiben unseres Bürgermeisters beinhaltet ist. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es bedarf doch eines Protestes gegen die Errichtung von Wackersdorf aller Gemeinderatsfraktionen. Die Ereignisse um den Reaktorunfall in Tschernobyl haben uns drastisch vor Augen geführt, welche Gefahren mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbunden sind. Ungleich schrecklicher wären jedoch die Folgen eines Unfalles in einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage, wie sie im bayrischen Wackersdorf, wie schon erwähnt, 130 km von der oberösterreichischen Grenze entfernt, errichtet werden soll. In dieser Atomfabrik soll der Müll von 18 Atomkraftwerken zu Blutonium verarbeitet werden. Durch die grenznahe Situation werden im großen Maße auch die Interessen unseres Bundeslandes und damit auch die Bevölkerung unserer Stadt berührt. Beim Wiederaufbereitungsprozeß werden radioaktive Edelgase, radioaktive Wasserstoffe und radioaktives Kohlendioxyd freigesetzt. Was uns besonders zu denken geben muß ist der Umstand, daß eine solche Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe bis zu tausendmal mehr radioaktive Teilchen an Luft und Wasser abgibt, als das bei einem herkömmlichen Atomkraftwerk im Normalbetrieb der Fall ist. Das heißt, daß bei der vorherrschenden Windrichtung und durch das Kühlwasser, das in die Donau gelangt und damit auch Österreich und besonders Oberösterreich sowie auch die Stadt Steyr betroffen ist, ohne gleich einen Unfall dabei anzunehmen. In unserem Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den grenznahen Regionen unseres Landes, auch in unserem Bereich, hat sich bereits eine breite Bewegung gegen diese Wiederaufbereitungsanlage entwickelt. Auch der Gemeinderat der Stadt Steyr ist im Interesse der Bevölkerung meiner Auffassung

nach verpflichtet, für einen sofortigen Baustop der Wiederaufbereitungsanlage entschieden einzutreten. Ich glaube, daß es hier nicht nur um die Abfassung einer Resolution geht, sondern es ist Aufgabe jedes einzelnen Mandatars, der hier sitzt, daß er auch in der Öffentlichkeit für die Interessen der Bevölkerung eintritt. Es geht nicht nur um Schreiben, sondern es wird sich auch zeigen in den nächsten Wochen, wie weit wir als Politiker bereit sind, hier bei Aktionen mit dabei zu sein. Daher, meine Damen und Herren, müssen wir alle gemeinsam mithelfen, den Bau der Atomaufbereitungsanlage Wackersdorf im Interesse unserer Familien und unserer Kinder zu verhindern.

Abschließend möchte ich Prof. Erwin Ringel zitieren: "Es ist nicht wahr, daß über Krieg und Frieden nur einige wenige da oben entscheiden und die anderen Menschen ohnehin nichts zu sagen haben und nichts verändern können. Das ist eine der schlimmsten Verdrängungen und der Versuch, den Bürger auszuschalten, ihm seine Verantwortung zu nehmen, ihn auch von ihr zu befreien. Es ist ganz entscheidend, ob die Menschen da unten denen oben Gefolgschaft leisten. "

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte vorerst einmal meiner Freude und Genugtuung Ausdruck verleihen, daß es doch noch gelungen ist, entsprechend der Auslegung der Geschäftsordnung und unter Mithilfe beider Bürgermeister, diese Aktuelle Stunde in Anbetracht der Wichtigkeit und Bedeutung dieses Themas, das jetzt zum zweiten Mal angeschnitten wurde, zu verlängern. Auch ich begrüße die Aktivitäten des Herrn Bürgermeisters Schwarz, der Ihnen ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und auch Ihnen, werte Damen und Herren, die Sie heute als Zuhörer hier sind, diesen Brief verlesen hat. Ich glaube aber auch, daß es notwendig ist, mit Nachdruck und mit Unterstützung aller verantwortungsbewußten Politiker – da gehören auch sämtliche Mitglieder des Gemeinderates dazu – eine Resolution zu verfassen unter entsprechender gesetzlicher Norm natürlich, um eine Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf zu verhindern. Ich finde es auch sehr wichtig, meine Damen und Herren, und ich sage das aus Überzeugung und nicht weil ich vielleicht beklatscht werden möchte, daß man heute hier die Möglichkeit geschaffen hat, einem Teil der Bevölkerung das Wort zu erteilen, daß die vorhin genannte Frau die Möglichkeit gehabt hat, auch ihre Sorgen hier zum Ausdruck zu bringen. Es soll ja irgendwo die Bedeutung aufzeigen, daß der Bürger sehr wohl das Recht hat mitzureden und das mitzubestimmen, was die Politiker schlußendlich auch machen und verantworten sollen.

Ich möchte mich nicht wiederholen, habe aber bereits grundsätzlich mein deutliches Nein zum Ausdruck gebracht, ich würde bereit sein, eine derartige Resolution zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl. Als Bürgermeister darf ich dazu sagen, daß ich vorhabe, in einer der nächsten Fraktionsobmännerbesprechungen dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, die Fraktionsobmänner werden sich dann über die weitere Vorgangsweise beraten und entsprechende Beschlüsse fassen. Wir sind, das betone ich immer wieder, kein Formalisten, aber diese Formalitäten gibt es halt, dazu sind ja unsere Statuten da, und die sind auch entsprechend einzuhalten. Wenn die Formalitäten eingehalten werden, ist dem nichts entgegenzusetzen. Ich habe mich bestimmt eindeutig deklariert mit dem Schreiben, das ich

im Namen aller Fraktionen hier im Gemeinderat weitergegeben habe.
Damit ist das Problem, das die GAL heute angeschnitten hat, ebenfalls erledigt.
Jetzt kommt die KPÖ daran.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich möchte bemerken, für mich gibt es kein aktuelleres Thema, als die Verhinderung von Wackersdorf und das wäre auch der Beitrag der kommunistischen Fraktion gewesen, daher verzichte ich auf eine weitere Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Treml hat zweifellos recht wenn er meint, daß dieses Thema wirklich sehr wichtig und ernst ist oder sicher das wichtigste Thema ist, das überhaupt zu bere- den ist und was die Bevölkerung weltweit bewegt. Ich glaube aber doch, daß wir auf anderem Gebiet eine gewisse Verantwortung zu tragen haben und dazu gehört auch dieses Thema, das ich heute hier zur Sprache bringen möchte.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der heutigen Aktuellen Stunde möchte ich ein Problem anschneiden, das bereits den Stadtsenat beschäftigt hat, von dem ich aber glaube, daß es aufgrund seiner Bedeutung ein Anliegen des gesamten Gemeinderates sein sollte, ja sogar sein müßte. Es geht um die sogenannten Rei- hoffer-Liegenschaften, die bekanntlich den Steyr-Werken gehören und ein Ausmaß von etwa 50.000 m² aufweisen. Teile dieses Areals mit Werkshallen sind an ver- schiedene Gewerbebetriebe verpachtet. Anläßlich eines Abgeordnetentages im Februar dieses Jahres hatte ich die Möglichkeit, unter anderem auch einige Be- triebe in diesem Gebiet zu besuchen. Ich möchte speziell nur von zwei Betrieben reden, weil ich sie näher kennengelernt habe und ich kann Ihnen mitteilen, daß wir in beiden dieser Betriebe desolate Arbeitsverhältnisse vorgefunden haben, be- dingt durch den schlechten Bauzustand der dortigen Werkshallen und Gebäude. Be- sonders arg war die Situation im Eloxierwerk Loidl und Schwarz. Trotz intensi- ver Heizung mit hohem Kostenaufwand war es in der Halle, die wir besichtigt ha- ben, so kalt, daß die Mitarbeiter mit dicker Winterbekleidung arbeiten mußten, um diese Kälte aushalten zu können. Abgesehen davon verlor der Unternehmer einige Aufträge deshalb, weil die Qualität der beschichteten und eloxierten Platten unter diesen Witterungseinflüssen so gelitten hat, daß er keine Abnehmer mehr dafür ge- funden hat.

Nun, meine Damen und Herren, muß man wissen, daß sich die dort situierten Be- triebe seit geraumer Zeit um den Ankauf des gemieteten Areals bemühen. In An- betracht dieser Tatsache, daß eben diese Unternehmer kurzfristig kündbare Ver- träge haben, war es ihnen natürlich nicht möglich, größere Summen zu investieren und dort einen Betrieb aufrecht zu erhalten oder zu ermöglichen, wie wir ihn heu- te gewohnt sein müßten. Wegen zahlreicher Interventionen und dem Interesse der Stadt, diese Betriebe nicht zu verlieren, hat sich der Magistrat in die Verhand- lungen im März dieses Jahres aktiv eingeschaltet. Vor allen Dingen ging es darum, ein Gutachten zu erstellen über den sogenannten Verkehrswert dieses sogenannten Areals, weil eben die Vertreter der Steyr-Werke erkennen ließen, daß sie nur einem Gesamtverkauf eventuell zustimmen würden. Erst bei der letzten Fraktions- obmännerbesprechung in der vergangenen Woche erfuhr ich auf Anfrage, daß die- ses Gutachten in Ausarbeitung sei und daß keine Veränderung der Situation ein- getreten ist. Bedauerlicherweise aber – das konnte man auch aus Zeitungsmeldungen

erfahren, ist es nicht gelungen, das Abwandern eines dieser Betriebe, nämlich der Firma Riha, zu verhindern. Ein Betrieb mit über 100 Mitarbeitern, meine Damen und Herren, und all den sich daraus ergebenden Konsequenzen, ist der Stadtgemeinde Steyr verloren gegangen. Dies ist umso bedauerlicher und bedenklicher, weil bereits namhafte Betriebe in letzter Zeit aus dem städtischen Bereich abgewandert sind. Ich denke da an die Firma Agre, Storebest, und Kollege Tremel hat heute auch einen Betrieb genannt, die Fa. Bichler.

Daher, meine Damen und Herren, ersuche ich alle verantwortlichen Stellen, mit Unterstützung des gesamten Gemeinderates, durch entsprechende Verhandlungen mit den Steyr-Werken, weitere Abwanderungen zu verhindern. Natürlich, das ist mir schon klar, kann man den Besitzer dieses Areals nicht zum Verkauf zwingen. Es muß darauf gedrängt werden, klarzustellen, ob verkauft wird oder nicht, um der Stadt die Möglichkeit zu bieten, rechtzeitig Vorsorge treffen zu können, um einem weiteren Abwandern von Betrieben aus Steyr entgegenzutreten zu können.

Ich bin überzeugt davon, daß dies im Interesse der gesamten Stadt und deren Bevölkerung liegt, wenn man hier – das muß ich mit Deutlichkeit feststellen – in den letzten Jahren bereit war, Millionenbeträge dazu zu verwenden, um Betriebsansiedlungen zu ermöglichen. Heute haben wir ebenfalls zwei Anträge in dieser Richtung beschlossen, wo es um Gewerbeförderungen gegangen ist, wo es darum gegangen ist, Betrieben hier in Steyr ein Neuansiedeln zu ermöglichen. Daher muß es doch auch recht und billig sein, ortsansässigen Betrieben entsprechende Unterstützung zu geben, um ein Weiterbestehen zu ermöglichen.

In Anbetracht der wirtschaftlichen und arbeitspolitischen Situation, die auch der Herr Bürgermeister heute angezogen hat, glaube ich, ist das ein gerechtfertigtes Anliegen und muß, wie ich glaube, ein Anliegen aller hier anwesenden Gemeindevorstände sein. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Kollege Wippersberger hat sich namens der sozialistischen Fraktion zu Wort gemeldet.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie ernst es uns um die Arbeitsplätze in unserer Stadt ist, ist damit bewiesen – darauf komme ich noch konkreter zu sprechen – daß wir als Stadt ein Schätzungsgutachten ausarbeiten haben lassen. Mitte des vergangenen Jahres war erstmals ein Gespräch, nachdem wir aufmerksam gemacht worden sind, wie desolat die Einrichtungen im Reithoffergelände sind, und wie schlecht manche Firmen dort untergebracht sind. Es fand damals erstmals ein Gespräch zwischen Bürgermeister Schwarz und Herrn Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger statt. Es wurden dann noch einige Gespräche geführt und nachdem wir befürchtet haben, daß nichts dabei herauskommt, haben wir bei der Eröffnung der Kreditanstalt die Sache in die Hand genommen und haben mit dem obersten Chef, Herrn Generaldirektor Androsch hier im Büro des Bürgermeisters ein ernstes Gespräch in dieser Sache geführt. Es wurden Betriebsbesichtigungen durchgeführt – auch Androsch war dort und hat sich davon überzeugt. Er hat dann entschieden, daß er auf alle Fälle für den Verkauf der Liegenschaft eintreten wird. Es sind dann weitere Gespräche geführt worden mit Vorstandsleiter Herzig und nochmals mit Feichtinger und zwischenzeitlich auch mit dem neuen Generaldirektor Streicher. Wir haben, das wurde schon erwähnt von meinem Vorredner Eichhübl, eine Schätzung durchführen lassen, die Kosten übernimmt die Stadt – das sind S 130.000,-. Es geht um 50.000 m², die Steyr-Werke haben erklärt, daß sie alles verkaufen wollen, allerdings in zwei Raten. Die erste Rate, etwa 35.000 m², sind sie bereit sofort zu verkaufen, die restlichen 15.000 m² in einem Zeitraum von etwa 3 bis 4 Jahren, weil sie die Räumlichkeiten dort noch zur Lagerung gewisser

Artikel des Werkes benötigen.

Ich habe, seitdem das Schätzungsgutachten in Ausarbeitung ist, wöchentlich angerufen bei den Schätzern, und zwar bei Herrn Dr. Kratochwill, den einige von uns sicherlich kennen und ich habe als letzte Meldung bekommen, daß wir stündlich damit rechnen können, denn das Schätzungsgutachten ist bereits fertig, daß dieses bei uns einlangt. Ich darf die Versicherung abgeben, daß sofort, wenn dieses Gutachten vorliegt, wir in weitere Verhandlungen mit der Werksleitung eintreten werden wegen Verkauf dieser Liegenschaften. Uns ist wirklich ernst mit der Sicherung der Arbeitsplätze. Es ist schon gesagt worden, daß es bedauerlich ist, daß einige Firmen von Steyr in den letzten Jahren abgewandert sind, es sind auch Firmen genannt worden. Wir als Stadt sind wirklich bemüht, hier zu helfen. Nur die Stadt allein wird es wahrscheinlich auch nicht schaffen, denn es geht um zig Millionen Schilling. Aber was wir machen können ist, daß wir ernsthaft – ich rechne damit, wir spätestens Anfang kommender Woche dieses Gutachten hier haben – dann sofort mit den Steyr-Werken verhandeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Namens der Österreichischen Volkspartei bitte ich Herrn Kollegen Holub.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren es liegt ohnehin auf der Hand, daß das ganze letztendlich ein Poker auf dem Rücken der Betriebe und auf dem Rücken der dort tätigen Menschen ist. Die Pokerspieler sitzen in den Steyr-Werken und möchten einen unverhältnismäßig hohen Ertrag erzielen für eine Industriearuine. Die Gruselzahl von 1.500,- Schilling/m² war der Anlaß, daß die Stadt von sich aus an sich unnötigerweise ein Gutachten veranlaßt hat, das nur den einzigen Zweck haben kann, die Rechtmäßigkeit der Kaufpreisforderung, der Kaufpreisvorstellung der Steyr-Werke zu überprüfen. Das ist schon ein recht beachtlicher Aufwand, nur um die Dinge in die richtige Dimension zu rücken. So lange die Steyr-Daimler-Puch AG sich nicht darauf besinnt, ein Gut, das sie offensichtlich nicht wirtschaftlich verwaltet, das sie offensichtlich nicht mit der Sorge, zu der ja der Grund- und Hausbesitzer verpflichtet ist, verwaltet, entweder instand zu halten – die Bauordnung würde das an sich vorschreiben – oder aber zu dem Grundstückspreis abzüglich Abbruch der Industriearuine weiter zu veräußern, so lange das nicht geschieht, kann man überhaupt nichts reden. Für die Unternehmen ist es sehr sehr blöd, weil sie ja gewisse Förderungen in diesem ungesicherten Mietbestandsverhältnis gar nicht ansprechen können und auch die unternehmerische Initiative unter diesen Voraussetzungen mindestens ebenso leidet wie die Arbeitsfreude der Mitarbeiter. Alles zusammen rundet zu einem sehr sehr unerquicklichen Bild, zu dem die Stadtgemeinde, so meine ich, jetzt schon beigetragen hat, was sie beitragen konnte. Auch der zuständige Landesrat Leibenfrost hat mir und Kollegen Schloßgangl in einem Gespräch, wo wir auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht haben, die er aus eigenem Augenschein kennt, zugesagt, wenn sich die Verhältnisse geklärt haben, entsprechende Unterstützungsinitiativen zu setzen. Die öffentliche Hand, glaube ich, braucht sich den Vorwurf nicht zu machen, daß sie nichts getan hätte. Das Blöde ist nur, daß nichts dabei herauskommt, so lange der Verkäufer nicht die Realitäten erkennt, so lange der Verkäufer sich über den wahren Verkehrswert seiner Liegenschaften nicht im klaren ist. Es ist sicherlich nicht Aufgabe der Stadtgemeinde, durch einen überhöhten Kaufbetrag die Steyr-Daimler-Puch AG zu sanieren. Dazu kann die Stadt nicht da sein. Die Stadt setzt verschiedene Initiativen zur Wirtschaftsförderung, dankenswerterweise, wenn sie auch nicht immer richtig verstanden werden, aber das ist doch etwas zu viel. Auf der einen Seite Steyr-Werke sanieren durch einen hohen Preis, auf der an-

deren Seite dann die Betriebe noch weiter zu unterstützen, denn so wie sie sind, können sie nicht weiterarbeiten. Die Forderung an die Stadt, alles klärend zu bereinigen, ist einfach meiner Meinung nach nicht erfüllbar.

Die einzige Bitte, die wir haben können, ist auch aus dem Saal hinauszutragen, auch über die Öffentlichkeit hinauszutragen, daß die Steyr-Daimler-Puch AG sich mäßigen möge. Je deutlicher uns als Gemeinderat diese Forderung an die Steyr-Daimler-Puch AG gelingt, desto eher werden wir hoffen können, daß die Unternehmungen dort bon Bestand sein können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Namens der GAL?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, daß bereits alles gesagt ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. KPÖ? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Diese von Kollegen Eichhübl angeschnittene Frage wurde nicht nur bereits in den obersten Gremien besprochen, sondern auch in verschiedenen Ausschüssen und sehr kritisch von allen Stellung genommen im Bezug zur Erhaltung von Steyr-Daimler Puch AG. Ich habe heute bereits in einem Nebensatz angeführt, es kann nicht Aufgabe einer Gemeinde sein, besonders aktiv zu werden, um Betriebe zu schaffen oder zu gründen. Aber es ist wohl unsere Aufgabe zu achten, wie unsere Menschen, wie die Arbeiter und Angestellten arbeiten, welche Arbeitsbedingungen sie vorfinden. Hier glaube ich, brauche ich nicht viel hinzufügen, was bis jetzt gesagt wurde. Es sind dort fürchterliche Arbeitsbedingungen und es wäre wert, wenn man als gesamter Gemeinderat dieses Reithoffergelände besichtigen würde, um die dortigen Arbeitsbedingungen anzusehen. Es gibt aber auch neben Firmen, die dort untergebracht sind, auch Lager – das ist oft eine fadenscheinige Begründung der großen Steyr-Werke, denn dort werden nur Reifen gelagert. Wenn Sie diese Gebäude nur von außen ansehen, dann haben Sie ungefähr einen Einblick, daß das wirklich nur mehr Ruinen sind, die mit Gitter abgesperrt sind, damit man nicht zu den Reifengelagern kommt. Aber es gibt auch leerstehende Gebäude. Für uns ist natürlich interessant, was in diesem Gebiet weiter geschehen soll. In unmittelbarer Nähe haben wir ja ein Wohngebiet errichtet. Wir sind dort kurz vor der Fertigstellung der ersten Wohnhäuser, der Bezug soll bereits erfolgen bzw. im Juni erfolgen, der Ausblick, den man dort auf die Dachlandschaft dieser Ruinen hat, ist fürchterlich. Aber das ist eine zweite Seite. Ich glaube, daß es Aufgabe auch von uns sein wird, einen stärkeren Druck auf die Steyr-Daimler-Puch AG auszuüben über die Bundesregierung. Die Steyr-Daimler-Puch AG ist ja nicht irgend ein Betrieb, es ist kein verstaatlichter Betrieb, aber es ist ein halbverstaatlichter Betrieb, bei dem auch der Bund ein wesentliches Wort mitzureden hat, damit nicht bestimmte Herren, die meist – leider muß ich hier sagen – der Mehrheitsfraktion angehören, entscheiden können, was sie wollen. Daß sie Wucherpreise – ich sage nicht hohe Preise – Wuchergrundpreise, die hier verlangt werden, von der öffentlichen Hand herausreißen wollen. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremel für seinen Beitrag.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind nunmehr am Ende der Sitzung nach zwei Aktuellen Stunden. Ich glaube aber, daß die Entscheidung

im Sinne der Demokratie, der demokratischen Abwicklung der Sitzung richtig gewesen ist. Wir werden uns aber künftighin an die Zeiten der Wortmeldungen genauer zu halten haben, damit solche Überlegungen wie heute nicht mehr auftreten.

Ich darf Ihnen der Ordnung halber mitteilen, daß wir heute Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis genommen haben in der Höhe von S 1,179.400,-, die Summe der Verhandlungsgegenstände beinhaltet einen Betrag von S 20,053.000, insgesamt ist das ein Betrag von 21,232.400 Schilling.

Ich danke allen für die Diskussionsbeiträge. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.50 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard
Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Franz Straßer e. h.

Leopold Tatzreiter e. h.

